:antifaschistische nachrichten

Nr. 10

g 3336 17.5.2007 23. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

Tausende haben am 1. Mai in mehreren Städten gegen Aufmärsche der rechten Szene demonstriert. Auf der DGB-Kundgebung in Dortmund forderte Gewerkschaftschef Michael Sommer vor mehr als 800 Teilnehmern ein Verbot der NPD „ohne Wenn und Aber".

Fronttransparent des Neonaziaufmarschs in Dortmund

DVU weiter am Katzentisch

Linkspartei erstmals in westdeutschem Landesparlament

Da hatte man sich mehr ausgerechnet: Sowohl die DVU als auch die neu angetretenen rechten Gruppierungen „Bremen muß leben" und „Bürger in Wut" haben weit weniger Stimmen bekommen, als sie erhofften und teils auch großspurig ankündigten. So gab Joachim Siegerist, Vorsitzender von „Die Deutschen Konservativen" und Spitzenkandidat von „Bremen muß leben", der Jungen Freiheit vom 11. Mai ein Interview, in dem er sagte: „Bekanntlich haben viele Leute Scheu, sich offen zu rechten Parteien zu bekennen... Wir rechnen mit einem Ergebnis von 15 Prozent, unser grundsätzliches Wählerpotential liegt sogar bei 25 bis 30 Prozent". Da wurde er dann wohl am Wahlabend wieder auf den Teppich geholt: 1,63 % in Bremen und 0,6 % in Bremerhaven sind nicht die besten Ausgangsbedingungen, um nun die geplante bundesweite Ausdehnung in Angriff zu nehmen, die er ebenfalls in dem Interview ankündigte.

„Bürger in Wut" (BIW) lagen mit ihrem Stimmanteil deutlich vor der Siegerist-Truppe, bis zum Schluss war nicht klar, ob sie über ihr Ergebnis in Bremerhaven einen Abgeordneten ins Parlament schicken können. Am Ende waren es (zumindest bei Redaktionsschluss dieser Zeitung) 4,998 % – es fehlte eine Stimme – und kein Mandat. In Bremen lag die Gruppierung bei 0,8 %.

Die REP standen nur in Bremen zur Wahl und holten 0,53 %.

Das DVU-Ergebnis in Bremen lag mit 2,75 % (7.587 Stimmen) 0,47 % über dem Ergebnis von 2003. Die 5,4 % in Bremerhaven reichen, um wie bisher auch einen Abgeordneten in den Landtag zu schicken. Weder DVU, noch BIW, noch „Bremen muß leben" hatten bis Montagmittag, 14.5. das Ergebnis kommentiert. Klar ist, dass sie sich in erheblichem Maße gegenseitig die Stimmen weggenommen haben. Das Wählerpotential für rechtskonservative bis extrem rechte Positionen lag zusammengerechnet in Bremerhaven über 10 %, in Bremen über 5 %.

Nicht nur gemessen an den enormen finanziellen Mitteln, die die DVU in den Wahlkampf gesteckt hat, ist das Ergebnis für sie ein Fiasko. Indirekt wird damit sicher auch die Rolle der DVU im „Deutschlandpakt" gegenüber der NPD geschwächt und wird zu Debatten darüber führen, ob in Thüringen 2009 nicht doch die NPD antreten wird statt der DVU, wie bisher vereinbart.

Die Wahlbeteiligung lag bei 57,5 %, die schlechteste in Bremen überhaupt. Von 486.072 Wahlberechtigten gingen nur 279.889 zur Wahl.

Die Linkspartei, die im Wahlkampf auch auf antifaschistische Inhalte setzte, schaffte bei der einzigen Landtagswahl in diesem Jahr erstmals den Sprung in ein westdeutsches Landesparlament und hat nun mit 8,4 % (23.189 Stimmen) 7 Sitze im Landtag. In Bremerhaven lag ihr Ergebnis bei 13,6 %. *u.b.* ■

Inhalt:

Die extreme Rechte und die Stimmabgabe für Sarkozy 8

Situation der extremen Rechten in der BRD 10

Heinz Schön bei Dülkens „Ostpreußen"

VIERSEN/DÜSSELDORF. Zum zweiten Mal war der Buchautor Heinz Schön am 28. April von der „Landsmannschaft Ostpreußen" (LMO) in Viersen-Dülken zu einem Vortrag eingeladen worden.

Dort sprach Schön u.a. über den Untergang des „Kraft durch Freude"-Schiffes „Wilhelm Gustloff" im Januar 1945. Bereits im vergangenen Jahr war Schön von der Ortsgruppe unter Vorsitz von Jürgen Zauner, zugleich Landesvorsitzender der LMO in Nordrhein-Westfalen, eingeladen worden. Auf der Einladung zu dieser Veranstaltung im „Dülkener Hof" wurde auch zur Unterstützung der „Preußischen Treuhand GmbH & Co. KG" aufgerufen, um sich einen „Eigentumsanspruch in den Vertreibungsgebieten jenseits von Oder und Neiße" zu sichern. Schön ist Buchautor im extrem rechten Kieler „Arndt-Verlag" und schreibt u.a. für die einschlägig rechte „Deutsche Militärzeitschrift". Der gebürtige Schlesier war Mitautor einer „Festschrift" für den britischen Geschichtsrevisionisten David Irving und Autor in dem Sammelband „50 Jahre Vertreibung", der 1995 im extrem rechten „Hohenrain-Verlag" erschien und in dem sich auch ein Beitrag des DVU-Vorsitzenden Gerhard Frey befindet. Schön, der in den vergangenen Jahren wiederholt bei „Vertriebenen"-Verbänden als Referent auftrat, gab der rechten Wochenzeitung „Junge Freiheit" Interviews und 2005 auch dem NPD-Organ „Deutsche Stimme".

In einem Leserbrief in der „Rheinischen Post" (RP) dankte Jürgen Zauner 1990 den „wenigen Abgeordneten der Volkskammer und des Bundestages", die gegen die Erklärung zur Oder-Neiße-Linie gestimmt hatten, und stellte diese gleich mit jener Minderheit, die sich 1933 gegen Hitlers Ermächtigungsgesetz ausgesprochen hatte. „Diese Erklärung", so Zauner, bedeute „Beihilfe zum Diebstahl und zur Erpressung". In Bezug auf eine heftig kritisierte Äußerung des Dominikanerpaters Heinrich Basilius Streithofen schrieb Zauner 1993 in einem Leserbrief in der „RP": „Nach Meinung von Pater Streithofen sind Juden und Polen die größten Ausbeuter des deutschen Steuerzahlers. Das kann aber nur mit Unterstützung von Politikern geschehen, die schon jahrelang jeden Bezug zur Realität verloren haben. Oder sollte der Gottesmann die Unwahrheit verbreiten?" *peb* ■

Schaller im „Haus der Heimat"

ÖSTERREICH/WIEN. Am Montag, den 4. Juni, soll Rechtsanwalt Herbert Schaller im Wiener „Neuer Klub" zum Thema „Politische Prozesse in Österreich und Deutschland" referieren. Schaller hatte zuletzt u.a. den britischen Geschichtsrevisionisten David Irving als Anwalt vertreten. Interviews mit Schaller findet man u.a. in der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme", der „Deutschen National-Zeitung" und „Nation und Europa". Als Referent war Schaller auch schon bei der neofaschistischen „Gesellschaft für freie Publizistik" und der extrem rechten „Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik" (AFP) aufgetreten.

Die Veranstaltung mit Schaller soll im Vortragssaal des Kulturzentrums „Haus der Heimat" stattfinden. *hma* ■

14. „Berliner Kolleg"

BERLIN. Das um die „Junge Freiheit" angesiedelte „Institut für Staatspolitik" führt am Sonntag, den 2. Juni, ihr 14. „Berliner Kolleg" an einem nicht benannten Ort im Osten Berlins durch. Unter dem Motto „Kein Ort nirgends? Konservative zwischen Zähmung und Aufbruch" sollen neben Instituts-Mitgründer Karlheinz Weißmann der parteilose Bundestagsabgeordnete Henry Nitzsche, ehemals CDU, und der Buchautor Udo Ulfkotte referieren. Ulfkotte, Gründer des islamkritischen Vereins „Pax Europa", hat sich mittlerweile zu einer Kandidatur für die „Deutsche Zentrumspartei" in Hamburg entschlossen.

Jüngst sprach er vor Mitgliedern der Berliner CDU über die „zukünftige Rolle des Islam in der europäischen Gesellschaft". Einlader waren Berliner Ortsverbände der CDU. Zu den maßgeblichen Unterstützern der Veranstaltung, so die „Junge Freiheit", gehörte Stephan Knoll.

hma ■

7. Sonntagsspaziergang zum Heisenhof

Am 6. Mai 2007 fand der 7. und hoffentlich letzte Sonntagsspaziergang zum Heisenhof statt.

Auf der Kundgebung vor dem Heisenhof begrüßte die Dörverdener Bürgermeisterin Karin Meyer die Teilnehmenden. Charly Braun, der in der Antifa-Steuerungsgruppe des DGB Niedersachsen-Bremen mitarbeitet, berichtete von rechtsextremistischen Aktionen in den letzten Monaten in Norddeutschland mit Schwerpunkt Landkreis Soltau-Fallingbostel.

Zum dritten Mal wurde das Mahnmal für die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter der Eibia (Munitionsfabrik im 2. Weltkrieg in Dörverden, der Heisenhof diente als Verwaltungsgebäude) neu errichtet. Beide Vorversionen wurden offensichtlich von Neonazis zerstört bzw. beschmiert.

Zur aktuellen Entwicklung um den Heisenhof: Im August 2006 wurde die „Wilhelm Tiedjen-Stiftung für Fertilisation Ltd." aus dem dafür zuständigen Register in Großbritannien gestr-ichen. Jürgen Riegers Wiederbelebungsversuche sind bisher gescheitert. Nach britischem Recht fällt das Vermögen einer gelöschten „Limited" an die englische Krone. Für im Ausland befindliche Vermögen ist die Rechtslage unklar, so dass die Liegenschaften in Pößneck (Schützenhaus) und Dörverden (Heisenhof) z, Zt. als herrenlos angesehen werden.

Klagen, die bei verschiedenen Gerichten von der Ltd. gegen den Landkreis Verden wegen der Anordnungen zum Heisenhof angestrebt wurden, sind bis zur Klärung der Existenz- bzw. Besitzverhältnisse ausgesetzt.

Anfang März hat das Amtsgericht Jena einen Nachlassliquidator, Rechtsanwalt und CDU-Stadtrat Borchardt aus Pößneck, eingesetzt, der mit Wertschätzung und Verkauf der Immobilien beauftragt ist. Der Heisenhof wurde von der Polizei in Besitz genommen, alle Schlösser sind ausgetauscht. Die Jung-Nazis vor Ort haben kein Zutrittsrecht mehr, zeigen durch Drohgebärden ihre Wut über die Entwicklung.

Nun hat Anfang April Rieger eine einstweilige Verfügung beim Amtsgericht erreicht. RA Borchardt darf bis zur Klärung der Existenz der Ltd. und der Rechtsnachfolge in Deutschland die Immobilien nicht veräußern.

Zum Dörverdener Bündnis gegen Rechtsextremismus gehören eine Vielzahl von Organisationen und Initiativen aus der region sowie viele engagierte Bürgerinnen und Bürger.

Pressemitteilung des Bündnisses ■

Erfolgreiche Antifa-Landeskonferenz NRW

Leverkusen.Mehr als 60 aktive Antifaschist(inn)en aus vielen Städten Nordrhein-Westfalens nahmen an der antifaschistischen Landeskonferenz teil, die unter dem Motto „Auflösung aller Naziorganisationen! Mit der NPD beginnen!" am Samstag, dem 5. Mai, im Leverkusener Lise-Meitner-Gymnasium stattfand. In ohnmächtigem Zorn hatten Neonazis in der Nacht vor der Konferenz den Eingangsbereich des Schulgebäudes großflächig mit Aufklebern bestückt, was ihnen allerdings, abgesehen von einer Strafanzeige der Stadt, wenig einbringen wird. Der Stimmung der Teilnehmer(innen) tat die sinnlose Aktion nicht nur keinen Abbruch sondern bestätigte noch einmal die politische Notwendigkeit des Kampfes gegen rechts.

In seinem Einführungsvortrag berichtete der Aachener Politikwissenschaftler

Richard Gebhardt, Herausgeber des gerade im Kölner Papyrossa-Verlag erschienen Buches „Rosen auf den Weg gestreut“ über neue Entwicklungen im organisierten Neofaschismus und über das Verhältnis, Gebhardt bezeichnete es als „Wechselspiel“, zwischen offizieller Politik und rechtem Rand. Einerseits schafften Staat und Gesellschaft häufig

die Voraussetzungen für die Hetze der Neonazis, andererseits spitzten diese die Meinungen aus der „Mitte der Gesellschaft“ immer öfter nur zu. Als „rechts, wo die Mitte ist“ charakterisierte der Referent dieses politische Phänomen.

Da Antifaschismus nicht nur eine Frage der theoretischen Reflektion, sondern vor allem der praktischen Politik ist, schloss sich eine Demonstration durch den Stadtteil, verbunden mit einem kurzen Zwischenstopp vor der Wohnung des Chefs der Revanchistenorganisation „Preußische Treuhand“, Rudi Pawelka an. Seine Organisation will vor Gericht Rückerstattungsansprüche von nach dem Krieg ausgesiedelten Deutschen gegenüber Polen und anderen osteuropäischen Staaten erstreiten und stört damit erheblich die gutnachbarlichen Beziehungen mit diesen Ländern.

Nachmittags schlossen sich Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themen (NPD-Verbot, Militarisierung u.a.) an.

Angesichts der Aktualität der behandelten Themen wäre den Veranstaltern in Zukunft eine noch größere Beteiligung zu wünschen. *tri* ■

Antifaschisten aus der Aachener Partnerstadt in Naumburg

Eine Gruppe von 16 Antifaschistinnen und Antifaschisten aus Aachen besuchte am Samstag, den 14. April die Partnerstadt Naumburg. Eingeladen wurden die Aachener von der Naumburger Ortsgruppe der VVN-Bund der Antifaschisten. Bei einem Rundgang durch die Stadt wurde die Stadtgeschichte Naumburgs erklärt. Ein Schwerpunkt war die Geschichte Naumburgs während der Nazizeit. Verfolgung und Widerstand gegen den Nazismus wurden an vielen Beispielen deutlich. Die Aachener Antifaschisten wollen versuchen, die erfolgreiche Ausstellung „Naumburg 1933-1945“ des Initiativkreises Naumburger Bürger auch in Aachen zu zeigen.

Der Sprecher der Aachener Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) Kurt Heiler dankte den Naumburgern für die freundliche Aufnahme und die vielfältigen Informationen. Den Aachenern, die alle zum ersten Mal Naumburg besuchten, präsentierte sich Naumburg von der besten Seite, wozu das wunderbare Wetter sicher beitrug. Der Wunsch, Naumburg erneut und dann für länger als nur einen Tag zu besuchen, wurde mehrfach geäußert.

Ein Wermutstropfen während des Besuches war die Präsenz von Plakaten der NPD in und vor allem in der Umgebung von Naumburg. Auch die Aachener Region leidet unter der immer aggressiver auftretenden NPD, die in den Nachbarstädten auch schon parlamentarisch vertreten ist. Neonazis aus der Aachener Region hatten bei der Ankündigung der Fahrt einen Kommentar ins Internet gesetzt, in dem sie der Delegation anraten, einen „Viehwaggon“ der Bahn zu benutzen. Die Neonazis wollten bei der Fahrt als „Wachpersonal“ mitfahren. Gegen diese und ähnliche Geschmacklosigkeiten wurde bereits Strafanzeige wegen Volksverhetzung gestellt.

Am Sonntag nach dem Besuch der Stadt Naumburg fuhren die Antifaschisten zur Feier der Überlebenden des Konzentrationslagers Buchenwald, die jedes Jahr anlässlich des Jahrestags der Selbstbefreiung auf dem Ettersberg stattfindet. Dort nahmen die Besucher aus Aachen an einer Führung durch das ehemalige Lager teil und hörten den Zeitzeugen und ihren Berichten zu. Der Sprecher der Aachener Kurt Heiler fasste zum Schluss das Erlebte zusammen: „Der Besuch in der schönen Stadt Naumburg sowie in der Gedenkstätte Buchenwald hat uns neuen Mut und neue Kraft gegeben. Wir danken unseren Naumburger Gastgebern für die Aufnahme und Betreuung. Wir werden in Aachen berichten. Gern kommen wir wieder.“ *Kurt Heiler* ■

Auch das Naumburger Tageblatt veröffentlichte in seiner Ausgabe vom 1./2. Mai diesen Bericht.

Dauerausstellung zur Zwangsarbeit eröffnet

HAMBURG. Am Samstag, den 5. Mai 2007, wurde in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme eine der bundesweit ersten Dauerausstellungen zum Thema Zwangsarbeit eröffnet. Etwa 13 Millionen Männer und Frauen aus den von Deutschland besetzten europäischen Ländern mussten während des Zweiten Weltkrieges im Deutschen Reich und in den besetzten Gebieten Zwangsarbeit für die deutsche Kriegswirtschaft leisten, in Hamburg rund ein halbe Million. Auch die Häftlinge des KZ Neuengamme waren zur Zwangsarbeit eingesetzt, zunächst bei Bau- und Unterhaltungsarbeiten innerhalb des Lagers und in Wirtschaftsbetrieben der SS, besonders in der Klinkerproduktion. Als sich die Kriegslage verschärfte, plante die SS-Führung ab 1942, eine eigene Rüstungsfertigung in den Konzentrationslagern aufzubauen. In Neuengamme ließ sie von Häftlingen Produktionsanlagen errichten, die an Firmen vermietet wurden. Die „Messap“ (Messapparate AG), eine Tochtergesellschaft des Uhrenherstellers Junghans, nahm die Montage von Zeitzündern für Flugabwehr-Granaten auf. 150 Häftlinge arbeiteten hier im letzten Kriegsjahr mit Lupen und Pinzetten im Akkord. Bis zu 300 Häftlinge stellten für die Motorenfabrik Jastram Fertigteile zum Schiffbau her, z.B. Torpedoausstoßrohre oder Wassertanks für U-Boote.

1943 nahm eine Waffenfabrik der Fa. Walther AG den Betrieb auf, in der die Armeepistole P 38 und das neue automatische Schnellfeuergewehr G 43 gefertigt wurden. Mit 900 bis 1000 Häftlingen erreichte die Produktion im zweiten Halbjahr 1944 die volle Kapazität.

Die Ausstellung – in drei Kapitel gegliedert: „Zwangsarbeit im nationalsozialistischen Hamburg“, „KZ-Gefangene in der Rüstungsindustrie“ und „KZ-Häftlingsarbeit in Neuengammer Rüstungsbetrieben“– ist in einem Gebäude des ehemaligen KZ-Rüstungsbetriebs der „Walther-Werke“ zu sehen. *kun* ■

„Als Polizisten zu Mördern wurden“

In Düsseldorf ist zur Zeit eine Ausstellung zur Beteiligung der Düsseldorfer Polizei an NS-Verbrechen zu sehen. In einem Leserbrief, der leider nicht veröffentlicht wurde, schreibt die VVN-BdA Düsseldorf:

„Die Ausstellung ‚Transparenz und Schatten‘ dürfte neben der ‚Wehrmachtsausstellung‘ tatsächlich ein Novum sein. Dass 1.200 Düsseldorfer Polizisten an den Massenmorden der ‚deutschen Wehrmacht‘ in Polen, der Sowjetunion, auf dem Balkan, in Griechenland, Frankreich, den Niederlanden und Norwegen im ‚Auswärtigen Einsatz‘ als ‚Weltanschauungskrieger‘ beteiligt waren, dürfte für viele Zeitgenossen neu sein. Dass sie ihre Karrieren nach 1945 unbehelligt fortsetzten, ist für Sachkenner keine neue Erkenntnis.

Innenminister Dr. Wolf beklagte in seiner Begrüßung, dass es immer weniger Zeitzeugen für diese unselige Vergangenheit gäbe. Es gibt sie, nur waren sie nicht eingeladen und sie werden in der Ausstellung auch nicht erwähnt.

Die Nationalsozialisten waren mit dem Versprechen an die deutsche Großindustrie angetreten, die deutsche Arbeiterbewegung zu zerschlagen (siehe Hitler-Rede vor dem Industrieclub in Düsseldorf am

26. Januar 1932 / Einlader Jost Henkel). Dieses Versprechen wurde mit Hilfe der Düsseldorfer Polizei vorbildlich gelöst. Davon ist in der Ausstellung keine Rede. Es heißt in den Ausstellungs-Tafeln: ‚Düsseldorfer Polizisten waren Teil des nationalsozialistischen Vernichtungsapparates. Verfolgt wurden Menschen, vor allem aus religiösen, gesellschaftlichen und rassischen Gründen. Opfer dieser Gewaltpolitik wurden unter anderem Christen,... Homosexuelle, Zigeuner... und an erster Stelle Juden.‘

Die ersten von Düsseldorfer Polizisten 1933 Gejagten und Verhafteten waren Gewerkschafter, Kommunisten, Sozialdemokraten. Die Ehrenvorsitzende der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN-BdA) NRW, Maria Wachter wird in diesen Tagen 97 Jahre alt. Sie und Hermann Laupsien (ebenfalls 97 Jahre) gehörten zu den ersten Verhafteten im Düsseldorfer Polizeipräsidium.

Sie und die Gewerkschaften als erste Betroffene wurden in der langen Liste der Honoratioren bei der Begrüßung nicht erwähnt. Erwähnt wurde als Förderer Gabriele Henkel. Die Kommunisten fanden in der Ausstellung auch Erwähnung: ‚Zur Verwendung im Straßenkampf vor allem gegen Kommunisten und Nationalsozialisten stand auch der Düsseldorfer Polizei während der Weimarer Republik ein gepanzerter Sonderwagen (Modell Erhard 21) zur Verfügung.‘

Krönung der Veranstaltung dann der nationalistische Stummfilm ‚Dienst am Volk‘, der aktuell vertont, die spätere faschistische Propaganda vom Versailler ‚Schandfriedensvertrag‘ und die platte Firmenwerbung der NSDAP-Förderfirma Henkel mit ‚Kraft-durch-Freude‘-Sequenzen vorweg nahm.

Jürgen Schuh, VVN-BdA Düsseldorf , Leserbrief an die Redaktion der NRZ ■

Nazi-Zentrum Börse in Neufeld schließen!

Das „Aktionsbündnis Nazi-Zentrum Börse in Neufeld schließen“ schätzt seine Kundgebung in Marne am 28.4. als großen Erfolg ein. Obwohl eine gleichzeitig stattfindende Veranstaltung der Neonazis verunsichern sollte, was durch die Presseberichterstattung eher noch verstärkt wurde, kamen zwischen 200 und 300 Menschen auf dem Ochsenmarkt zusammen. Darunter waren viele Bürger und Bürgerinnen aus Marne und Umgebung. Dabei war der Bürgermeister ebenso zugegen wie Vertrerinnen vom DGB, der Parteien (SPD; Bündnis90/Die Grünen), der VVN, attac und andere Antifaschistinnen. Musikalisch umrahmt von der Gruppe „Windmoel“, die Lieder gegen Faschismus und Krieg darboten, sprachen sich alle Redner gegen die andauernden Aktivitäten der Neonazis in Neufeld aus.

Rolf Burgard kritisierte für die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes das Verhalten der Kreisverwaltung des Kreises Dithmarschen. Sie sei bisher nicht gewillt, die Nazikonzerte in Neufeld zu verbieten, obwohl es genügend Gründe dafür gäbe. Zudem forderte er das Verbot der NPD, da sie den Neonazis eine Organisationsform biete und ihre Politik faschistisch sei. Das V-Leute-Unwesen in der NPD müsse aufhören.

Die Europaabgeordnete Angelika Beer stellte dann Erfahrungen im politischen Kampf gegen den Club 88 in Neumünster dar. Sie ließ keinen Zweifel daran, dass es sich auch in Neufeld um eine langfristige politische Kraftanstrengung handeln wird, machte aber allen Anwesenden Mut, diese Aufgabe gemeinsam anzupacken. Die gelungene Kundgebung setzt ein Signal, dass das Treiben der sich als Musikfreunde gebenden Neo-Nazis endlich unterbunden werden muss.

Gleichzeitig soll sie nicht die letzte gewesen sein, wobei wir auf die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger Marnes, Brunsbüttels und Umgebung zählen.

PM vom „Aktionsbündnis Nazi-Zentrum Börse in Neufeld schließen“ und dem Antifaschistischen Bündnis Dithmarschen ■

FIR protestiert gegen Denkmalsschändung in Estland

Mit einem Schreiben des Präsidenten der FIR, Michel Vanderborght, an die estnische Regierung hat die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten, die Dachorganisation von Widerstandskämpfer-, Verfolgten- und Veteranenverbänden aus allen Teilen Europas und Israels, gegen die Verlagerung des sowjetischen Ehrenmals in der estnischen Hauptstadt Tallin protestiert.

„Wir sehen in dieser Maßnahme eine verhängnisvolle Verfälschung der Geschichte des antifaschistischen Kampfes, wenn das Denkmal mit der Begründung, es stehe für russische Besatzung, aus dem Straßenbild Tallins entfernt wird“, betont Dr. Ulrich Schneider, Generalsekretär der FIR. Es widerspreche jedem zivilisierten Umgang mit den Gräbern der Soldaten des Zweiten Weltkrieges und der Erinnerung an diejenigen, die unter Einsatz ihres Lebens Europa – nicht allein Estland – von der Bedrohung durch die Nazibarbarei befreit haben. In allen Ländern Europas sind solche Gedenkorte geschützt, sie werden in der Verantwortung der staatlichen Autoritäten bewahrt und gepflegt. Dies ist nicht allein eine humanitäre Verpflichtung, es entspreche auch der Perspektive, dass das neue Europa nur auf dem Fundament des antifaschistischen Befreiungskampfes der Völker errichtet werden konnte. Wer diese Erinnerung beseitigt, verlässt die demokratischen Grundlagen Europas. Eine solche Denkmalsschändung lässt gerade jenen „Geist des Respekts“ vermissen, den UNO-Generalsekretär Ban Ki Moon in der Debatte um dieses Mahnmal von allen Beteiligten verlangt hat.

„Wir sehen uns zudem durch die estnische Regierung bewusst getäuscht, die noch im März 2007 auf eine kritische Note der FIR ihre Botschaft antworten ließ, dass der Staatspräsident ein Gesetz, das die Versetzung des sowjetischen Kriegsdenkmals festlegen wollte, nicht ausfertigen werde, da das Gesetz gegen mehrere Paragraphen der Verfassung verstoße“, unterstreicht die FIR.

gez. Dr. Ulrich Schneider Generalsekretär FIR ■

Änderung des Stiftungsgesetzes„Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“?

Wie die Frankfurter Rundschau vom 9. Mai berichtete, arbeitet die Bundesregierung still und leise am Umbau des Stiftungsmodells „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“. Das Kuratorium soll verkleinert und die Entscheidungen in einem neu zu gründenden Stiftungsrat getroffen werden, in dem Oppositionsparteien und Vertreter von Nicht-Regierungsorganisationen weichen müssten. Dann könnten etwa internationale Ausbildungsprojekte gefördert werden, die der Wirtschaft zugute kommen. Das Stiftungskapital beträgt 358 Millionen Euro.

Der Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte e.V. hat inzwischen seine Sorge über die Änderungen geäußert: „Die geplanten Änderungen zielen offensichtlich unter anderem darauf ab, die Interessenvertretung der Überlebenden des Nazi-Terrors in den Gremien der Stiftung zu beschneiden und wesentliche Entscheidungsbefugnisse ausschließlich der deutschen Wirtschaft und der Regierung zu übertragen.

Der Vorstand des Bundesverbandes lehnt alle Änderungen am Stiftungsgesetz ab, die den Charakter der Stiftung dahingehend verändern, dass eine Berücksichtigung der Interessen und Bedürfnisse der Überlebenden nicht mehr ausreichend gewährleistet ist. Vorstand und Kuratorium der Stiftung haben in der Vergangenheit kollegial und erfolgreich alle anstehenden Aufgaben gemeinsam bearbeitet.

Der Bundesverband sieht für eine Änderung am Stiftungsgesetz absolut keine Notwendigkeit und weist zugleich darauf hin, dass strukturelle Änderungen zu erheblichen Verstimmungen und zu einem starken Vertrauensverlust auf Seiten der weltweiten Partner der Stiftung und vor allem der Überlebenden selbst führen wird.“ *Bundesverband Information & Beratung für NS, Verfolgte e.V., Michael Teupen* ■

Abwehr gegen rechts

Dortmund, Nürnberg, Erfurt, Raunheim, Rüsselsheim: Tausende protestierten gegen Neonaziaufmärsche

Mehrere tausend Bürger haben am Maifeiertag in verschiedenen Städten Deutschlands gegen Aufmärsche von Neofaschisten protestiert. In Dortmund gingen rund 2000 Menschen gegen eine Demonstration von NPD und anderen rechten Gruppen auf die Straße, in Erfurt waren es nach Polizeiangaben etwa 2500.

In Nürnberg begann um 13 Uhr ein Aufmarsch von rund 150 Rechtsextremisten, wie die Polizei mitteilte. Um 14 Uhr fand eine Gegenkundgebung unter dem Motto »Nürnberg ist bunt« statt. Zu den Rednern gehörte dort ausgerechnet Bayerns Innenminister Günther Beckstein (CSU), der regelmäßig seine grundsätzlichen Vorbehalte gegen Migranten und deren »Einwanderung in unsere Sozialsysteme« artikuliert. Beckstein betonte, das Engagement vieler gegen rechtes Gedankengut zeige, dass die »breite Mehrheit der Menschen« bereit sei, »die Herausforderung anzunehmen und die Demokratie gegen die Rechtsextremisten zu verteidigen«.

In Dortmund versammelten sich vormittags rund 450 Teilnehmer einer Gewerkschaftskundgebung. DGB-Chef Michael Sommer sagte, er finde es unerträglich, dass die NPD unter dem Schutzschild des Parteienprivilegs in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen öffentliche Gelder kassiere. »Deutschland hat es verdient, dass wir diesem Spuk ein Ende machen«, meinte er. Nach Angaben der Polizei kamen rund 1500 Neonazis nach Dortmund. Eine Demonstration des Antifaschistischen Bündnisses mit rund 3000 Teilnehmern musste sich gegen 11.30 Uhr auflösen. Die Polizei griff den Versammlungsleiter an, aus der Demonstration wurden gezielt Teilnehmer herausgeholt. Daraufhin begaben sich 300 bis 400 vor allem jugendliche Aktivisten auf Bahngleise, um die S-Bahn zu blockieren, in der sie anreisende Neonazis vermuteten. Dort zündeten sie ein Feuer an, woraufhin die Polizei die Blockade räumte und einen Kessel bildete, den die Spontandemonstranten anschließend in kleinen Gruppen verlassen durften.

Im thüringischen Erfurt hatten sich am Dienstag 1300 Alt- und Neonazis versammelt. Nach Schätzung der Polizei kamen 2500 Menschen zu den Protesten, zu denen Gewerkschaften, Vertreter von Linkspartei, WASG, Grünen und SPD sowie Antifagruppen aufgerufen hatten. An einer Sitzblockade vor dem Erfurter Gewerkschaftshaus auf der Route der Rechtsextremen beteiligten sich 1000 Menschen, weitere 1000 demonstrierten durch das Zentrum der Stadt. Nach Redaktionsschluss sollte noch ein Rock-Konzert eines Erfurter Stadtbündnisses gegen Rechts stattfinden, die angereisten Neonazis hatten sich jedoch durch Stein- und Flaschenwürfe auf die Polizei bereits am Antrittsplatz selbst in die Situation gebracht, gar nicht erst loslaufen zu können. Ein Lautsprecherwagen der Rechten wurde beschlagnahmt, weil dessen Insassen zu Gewalttaten aufgerufen hatten.

Ein von den Neonazis als Ausweichvariante angemeldeter Aufmarsch in Weimar war durch die Behörden ebenfalls kurzfristig verboten worden. Obwohl die Versammlungsleitung der Rechten die Demonstration nach der Beschlagnahmung des Fahrzeugs für aufgelöst erklärte, weigerten sich mehrere hundert Neofaschisten, den Platz zu verlassen und setzten sich auf den Boden. Dabei wurden auch Parolen wie »Wir sind das Volk« und »Keine Gewalt« skandiert.

Der DGB-Vorsitzende Sommer forderte auf der Kundgebung in Dortmund ein Verbot der NPD „ohne Wenn und Aber".

In den hessischen Orten Raunheim und Rüsselsheim riefen DGB und die beiden Bürgermeister Thomas Jühe und Stefan Gieltowski die Bevölkerung zu einem »deutlichen Signal gegen rechts« auf. Allein in Rüsselsheim taten sich nach Angaben der Stadt mehr als 60 Vereine und Organisationen zusammen, um sich mit einem Programm gegen den NPD-Aufmarsch zu stellen. »Es ist eine der ganz großen Stärken, dass in Rüsselsheim seit Jahrzehnten Menschen aus über 100 Nationen friedlich und ohne große Konflikte zusammenleben«, sagte Gieltowski. In Raunheim liefen zwölf Gegenveranstaltungen zu einem Aufmarsch von rund 350 Rechtsextremisten. Im Vorfeld des Aufmarschs gab es laut Polizei drei Festnahmen und 50 Platzverweise.

In Norddeutschland waren rechte Aufmärsche und Gegenveranstaltungen in Bad Bramstedt, Vechta und Neubrandenburg geplant. In Bad Bramstedt marschierten am Mittag laut Polizei rund 100 Rechte. In Vechta beteiligten sich rund 1300 Menschen friedlich an Gegenveranstaltungen zu einem NPD-Aufmarsch, der um 16 Uhr beginnen sollte. Mehrere Hundertschaften der Polizei waren im Einsatz.

Ulla Jelpke, Dortmund, und Lothar Bassermann, Erfurt,
Junge Welt vom 2.5.2007 ■

Dortmunder Polizei als Freund und Helfer von Neofaschisten?

Zum Verhalten der Polizei anlässlich des Neonaziaufmarsches am 1.Mai in Dortmund erklärt die Innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. und Bundestagsabgeordnete für Dortmund Ulla Jelpke:

Tausende Bürgerinnen und Bürger haben am 1. Mai gegen einen Neonaziaufmarsch in Dortmund protestiert, darunter zahlreiche Jugendliche, Gewerkschafter und auch Kirchenvertreter. Während die Bevölkerung deutlich machte, dass Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Dortmund unerwünscht sind, muss das Verhalten der Polizei geradezu als Einladung an die Neonazis erscheinen, bald wieder dort aufzumarschieren. Während die Stadt Dortmund keine Möglichkeit sah, den Naziaufmarsch zu verbieten, war sie gleichzeitig nicht bereit, für die antifaschistische Gegendemonstration eine akzeptable Demonstrationsroute zur Verfügung zu stellen. Angesichts zahlreicher Polizeiprovokationen sah sich der Veranstaltungsleiter gezwungen, die antifaschistische Kundgebung vorzeitig aufzulösen

Obwohl Neofaschisten sogar Polizeisperren überrannten, wurden sie von der Polizei nicht aus dem Verkehr gezogen, sondern in Bussen der Dortmunder Stadtwerke zu ihrem Kundgebungsort geleitet. Die Polizei verlängerte sogar die Versammlungszeit für die Nazikundgebung. Ohne Hilfe der Polizei hätte NPD-Chef Voigt vor 100 Leuten gesprochen, so ermöglichte die Polizei den größten Neonaziaufmarsch in Dortmund sei Jahrzehnten.

Während Neonazis von der Polizei wie die Teilnehmer einer Butterfahrt behandelt wurden, gingen die Einsatzkräfte mit voller Härte gegen antifaschistische Demonstrantinnen und Demonstranten vor. Es gab rund 100 Festnahmen und mehrere Verletzte. Ich forderte lückenlose Aufklärung, wie es zu diesem skandalösen Verhalten der Polizei kam. Dortmund darf kein Aufmarschplatz für Neonazis werden.

Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE ■

50.000-faches „NO-NPD“

VVN-BdA zieht erfolgreiche Zwischenbilanz zum 8. Mai 2007

Zum 8. Mai 2007, dem Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Krieg, zieht die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) eine erfolgreiche Zwischenbilanz ihrer Kampagne für die Wiederaufnahme des NPD-Verbotsverfahrens.

Weit über 50.000 Unterschriften gingen seit dem Start der Unterschriftensammlung am 27. Januar 2007 bei der Organisation ein. Darunter sind Prominente, wie Hannelore Elsner und Peter Sodann, der Bürgermeister von Wunsiedel Karl-Willi Beck und die Oberbürgermeisterin von Halle Ingrid Häußler, der katholische Bischof Prof. Gerhard Ludwig Müller und das ehemalige Vorstandsmitglied der Deutschen Bank Dr. Edgar Most. Es sind zahlreiche Überlebende aus Konzentrationslagern und faschistischen Haftstätten, Vertreter politischer Parteien und besonders der Gewerkschaften, die mit ihrem Namen hinter dieser Forderung stehen.

Ausdrücklich begrüßt die VVN auch die Rede des DGB-Vorsitzenden Michael Sommer zum 1. Mai, in der sich dieser namens der Gewerkschaften ohne Einschränkungen für ein NPD-Verbot aussprach. „Diese breite Bewegung für das NPD-Verbotsverfahren ist ein sichtbares Zeichen von bürgerschaftlichem antifaschistischem Engagement, welches heute dringender denn je ist, wenn man nur die Naziaufmärsche und andere Provokationen sowie das Auftreten von Nazis in Landesparlamenten betrachtet. Die VVN ist Teil dieser demokratischen Bewegung.

Das bisherige Ergebnis unterstreicht einmal mehr unser aktives Eintreten für eine wehrhafte Demokratie gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz und Geschichtsverfälschung“, betonte Prof. Heinrich Fink (Vorsitzender der VVN-BdA) gegenüber der Presse.

„Wer immer noch glaubt, unserer antifaschistischen Organisation ein distanziertes Verhältnis zu Demokratie, Menschen- und Freiheitsrechten entgegenhalten zu müssen, wird hiermit eines Besseren belehrt.“ *Dr. Ulrich Schneider*
Bundessprecher der VVN-BdA ■

Die Kampagne kostet sehr viel Geld. Deshalb wird um Spenden gebeten: Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten - Bundesvereinigung, Postbank Frankfurt/Main,BLZ: 50010060, Konto-Nr. 543773-600

Rechtsextremismus darf in Eisenach keine Chance haben!

Am Sonnabend, den 19. Mai 2007, veranstaltet die NPD und Freie Kameradschaften in Eisenach ihren sog. „6. Thüringentag der nationalen Jugend“. Das „Bündnis gegen Rechtsextremismus Eisenach“, ein Zusammenschluss demokratischer Parteien, Gewerkschaften, Verbände, Kirchen und Einzelpersonen, und der Oberbürgermeister der Stadt Eisenach Matthias Doht, nehmen das zum Anlass, zu einer Gegendemonstration mit dem Motto: „Kein Fussbreit den Faschisten - Weder in Eisenach noch anderswo!“ aufzurufen.

Ziel dieser Initiative ist es zu zeigen, dass sich die Eisenacherinnen und Eisenacher von Rechtsextremismus deutlich distanzieren. Deshalb sollten sich möglichst viele Menschen aus Eisenach und ganz Thüringen an diesem Sonnabend, den 19.05.2007, um 12 Uhr auf dem Eisenacher Theaterplatz einfinden, um ein Zeichen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Intoleranz zu setzen.

Warum dagegen aktiv werden?

Seit Jahren entwickelt sich Thüringen zu einem der Schwerpunkt- Aktionsfelder von Neonazis. Dies lässt sich nicht zuletzt an den zahlreichen Aufmärschen, Infoständen, Saalveranstaltungen, Rechtsrockkonzerten und anderen Aktivitäten von Freien Kameradschaften und NPD ablesen, die nahezu jedes Wochenende stattfinden. Eines der erklärten Ziele der NPD ist der Einzug in den Thüringer- Landtag 2009.

KUNDGEBUNG mit DEMONSTRATION
19. Mai 2007 - 12.00Uhr -
Theaterplatz - Eisenach

Bündnis gegen Rechtsextremismus
Eisenach, 99802 Eisenach,
Postfach 101214 ■

NPD-Thüringentag der nationalen Jugend in Eisenach

Seit 2002 organisiert die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) ihren sog. „Thüringentag der nationalen Jugend“. In diesem Jahr wird die NPD-Veranstaltung am 19. Mai 2007 in Eisenach stattfinden. Organisiert wird das diesjährige Neonazi-Fest vom lokal bekannten Rechtsextremisten Patrick Wieschke, dem stellvertretenden Vorsitzenden des Kreisverbands Wartburgkreis und Landesgeschäftsführer der NPD. Es werden Redner aus dem Spektrum der NPD und der so genannten Freien Kameradschaften sowie mehrere Rechtsrock-Bands und Liedermacher auftreten. Zielgruppe des Thüringentages sind Jugendliche und junge Erwachsene.

Gemeinsame Erklärung der Landesvorstände von Linkspartei.PDS und WASG nach ihrer Sitzung am 10. Mai 2007:

Protest: Die Staatsmacht schürt ein Klima der Gewalt

Die LINKE Hamburgs protestiert energisch gegen die durch nichts gerechtfertigte Razzia in 40 Wohnungen, Büros und der „Roten Flora“ in Hamburg, in der ein G 8-Protest-Infozentrum eingerichtet worden war, durch 900 Polizisten. Mit dem Vorwurf der „Bildung einer terroristischen Vereinigung“ nach § 129 a soll bereits im Vorfeld der europaweite Proteste gegen den G 8 – Gipfel in Heiligendamm und das ASEM- Treffen in Hamburg die systematische Kriminalisierung der Protestbewegung vorangetrieben werden.

Schon seit Tagen wird an einem Schreckenszszenario gestrickt, um den breiten Protest in den Augen der Öffentlichkeit herabzusetzen. Die Bundesregierung und Senator Nagel wissen sehr wohl, dass die vielfältigen Proteste von Umwelt-, Friedens-, Menschenrechts-, Arbeitslosen- und Gewerkschaftsbewegung, der Linken und der Kirchengemeinden friedlich angelegt sind und über 100 000 Teilnehmer aus ganz Europa erwartet werden.

Das Ziel der bundesweiten koordinierten Einsätze mit rund 900 Beamten ist offenkundig: Die Vorbereitung der Proteste gegen den G 8-Gipfel zu behindern, BürgerInnen, die ihr Grundrecht auf Meinungsäußerung auch auf der Straße wahrnehmen wollen, einzuschüchtern. zu kriminalisieren und ein Klima der Gewalt erst zu erzeugen. Die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem G 8-Gipfel in der Öffentlichkeit soll verhindert werden. Die aufgebaute Drohkulisse ist das Mittel, von berechtigten und kritischen Fragen nach Sinn und Zweck des Treffens abzulenken.

DIE LINKE.Hamburg unterstützt deswegen die Proteste gegen die Polizeiaktion und ruft dazu auf.

Aufruf aus der Friedensbewegung zur Demonstration am 2. Juni 2007 und der Antikriegsversammlung am Sonntag, 3. Juni gegen den G 8 Gipfel in Heiligendamm

Kriege beenden statt Kriege vorbereiten!

Schluss mit den Auslandseinsätzen der Bundeswehr

Die Welt steht am Abgrund eskalierender Kriege und Kriegsvorbereitungen. Seit der US-Invasion in den Irak wurden Zigtausend Menschen getötet, Millionen sind auf der Flucht, das Land versinkt im Chaos. In Afghanistan entwickelt sich unter US-Führung wieder ein offener Krieg – und die Bundeswehr ist dabei. Ein Krieg gegen den Iran wird von der US-Regierung vorbereitet, sogar der Einsatz atomarer Waffen wird dabei nicht ausgeschlossen.

„Antiterrorkrieg" und „humanitäre" Intervention dienen vor allem als Vorwand zur Sicherung von Rohstoffen und Energieressourcen. Ein verfassungswidriger Umbau der Bundeswehr zu einer weltweit einsetzbaren Interventionsarmee wird per „Weißbuch" festgeschrieben. Anlässlich des G 8- Gipfels fordern wir:

- die sofortige Beendigung des US geführten Krieges im Irak
- keine logistische Unterstützung für den Krieg von deutschem Boden.
- den Abzug aller deutschen Truppen aus Auslandseinsätzen – keine Tornados für Kriegseinsätze in Afghanistan.
- die Unterstützung für einen lebensfähigen palästinensischen Staat, der ebenso wie Israel nur in gesicherten Grenzen existieren kann
- keine Kriegsdrohungen gegen den Iran
- Stopp aller neuen Rüstungsprogramme und Kriegsplanungen in Deutschland.
- Spart endlich an der Rüstung

Wir fordern von der Bundesregierung entschiedene Schritte zur Abrüstung, friedlichen Lösung politischer Krisen und zum Aufbau einer gerechten und solidarischen Welt. Und wir verlangen:

Wir unterstützen die gemeinsamen Aktionen am 2. und 3. Juni 2007 in Rostock und wollen dazu beitragen, dass an der Internationalen Demonstration am 2. Juni 2007 in Rostock möglichst viele friedensbewegte Menschen teilnehmen. Das erfordert auch eine konkrete Ausein andersetzung mit der Aufrüstungspolitik der beim Gipfel mitwirkenden Regierungen, insbesondere der Bundesregierung. Wir haben deshalb wichtige Forderungen der Friedensbewegung in der Absicht zusammengefasst, diesen bei der gemeinsamen Aktion Gehör zu verschaffen.

Willi van Ooyen,
Bundesausschuss Friedensratschlag,
Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
frieden-und-zukunft@t-online.de ■
Spenden dringend erbeten:
Konto-Nummer 2000 81390 bei der
Frankfurter Sparkasse 1822
(BLZ 500 502 01)

Nach der groß angelegten Durchsuchungsaktion von mehr als 40 Objekten in sechs Bundesländern haben inwischen in mehr als 20 Städten auch außerhalb Deutschlands Tausende gegen diese Repressionsmaßnahmen im Vorfeld des G8-Gipfels protestiert. Der für den 7. Juni geplante Sternmarsch von Gipfel-Kritikern ist von der Polizei nicht genehmigt worden. Die Anmelder haben Eil-Klage dagegen eingereicht. Schäuble wies inzwischen auf die Möglichkeit des sog. Unterbindungsgewahrsams hin, um politische Gegner aus dem Verkehr zu ziehen. **Fotos indymedia: Hamburg und Amsterdam**

Der Gipfel des Militarismus

von Ulrich Sander

Ohne Abstimmung im Bundestag wird die angebliche „Parlamentsarmee" in ein weiteres Land zu einem Kampfeinsatz entsandt: Mecklemburg-Vorpommern. Der verfassungswidrige Einsatz im Innern anlässlich des G8-Gipfels kostet die Steuerzahler lt. Pressemeldungen zehn Millionen Euro – zusätzlich zu einem gewaltigen Rüstungsetat. Und er kostet Freiheitsrechte der Bürger. Die Gewerkschaften, einst führend im Kampf gegen die Notstandsgesetze und die Bundeswehreinsätze im Innern, sie schweigen – oder beteiligen sich wie die Polizeigewerkschaft führend an der Hysterie gegen Demonstranten.

In Bundeswehrblättern wie „Information für die Truppe" wird seit Jahren auf den Inlandseinsatz gegen den Terror und das heißt „Chaosgruppen wie z.B. die Gruppe der Globalisierungsgegner" (IfdT 3/2002) eingestimmt. Per Reservistengesetz vom Februar 2005 wurden noch unter Rot-Grün über eine Million ehemalige Soldaten zusätzlich für die „Zivil-Militärische Zusammenarbeit ZMZ Inneres", d.h. für den Einsatz im Innern bereitgestellt. Man hatte einfach das Reservistenalter von 45 Jahren auf 60 aufgestockt. Nach welchen Maßstäben die Bundeswehr ihre Einsätze gegen die Bevölkerung des besetzten Landes ausrichtet, wird in dem Buch „Geheime Krieger" des rechtsextremen Generals a.D. und ehemaligen KSK-Kommandeurs Reinhard Günzel ausgeplaudert: Nach denen der Wehrmachts-Antiterroreinheit Division Brandenburg. Die „Brandenburger" waren u.a. im Juni 1941 in Lwow/Lemberg dabei, als 7000 Juden in wenigen Stunden von deutschen und ukrainischen Wehrmachtsangehörigen ermordet wurden.

Die Militarisierung des Landes erreicht mit dem neuen Reservistenkonzept „Zivilmilitärische Zusammenarbeit Inneres" und seine Anwendung beim G8-Gipfel einen neuen Stand. Eine neue extrem rechte Organisation entsteht, – zusätzlich zum Wirken alter und neuer Rechtsextremer in der Bundeswehr. Zur Instrumentalisierung der Bundeswehr zum Einsatz im Innern kommt die ideologische extrem rechte Beeinflussung der Bevölkerung: In rund 5 Millionen Familien gibt es Reservisten, zu denen die Bundeswehr laufend Kontakt hält. Die militaristischen Traditionsverbände und die Reservistenverbänden erhalten immer mehr Macht – und Geld der Steuerzahler.

Und unsere Grundrechte werden immer mehr beschnitten. Wir leben eben in einer Zeit ständiger Kriegsvorbereitung und -führung. Das erfordert ständige militaristische Berieselung der Köpfe, – und immer mehr autoritäre Machtausübung der Regierenden. Daran haben die Demokraten zu denken, die dem rechten Militärtreiben noch immer untätig zusehen.

Ulrich Sander ist Bundessprecher der VVN-BdA ■

Französische Präsidentschaftswahl und danach:

Die extreme Rechte und die Stimmabgabe für Nicolas Sarkozy

Der Aufruf des Chefs ist nicht befolgt worden. Am 1. Mai 2007, zwischen den beiden Wahlgängen der Präsidentschaftswahl, hatte Jean-Marie Le Pen seine Anhänger dazu aufgefordert, sich bei der zweiten Runde der Stimme zu enthalten. In der Stichwahl zwischen dem konservativen Kandidaten Nicolas Sarkozy und der (rechts)sozialdemokratischen Bewerberin Ségolène Royal also nicht Partei zu ergreifen. Nachdem Le Pen nicht wieder in den zweiten Wahlgang einziehen konnte, sondern im Gegenteil zugunsten des rechtsbürgerlichen Präsidentschaftsanwärters hatte Federn lassen müssen, mochte er nicht als dessen nunmehriges Anhängsel erscheinen.

Der „harte Kern" der Parteigänger des Front National hat den Appell, den Le Pen vor circa 4.000 Teilnehmern an seinem jährlichen „Marsch für die Nationalheilige Jeanne d'Arc" vor der Pariser Oper erließ, sicherlich unterstützt und befolgt. Ihnen ist der Hass auf Nicolas Sarkozy, den „Schwindler" und „politischen Hochstapler", der ihnen die Stimmen weggenommen hat, der in ihren Augen zudem ein „Ausländer" und „Jude" ist – aufgrund seines ungarischen Vaters sowie seiner griechisch-jüdischen Großeltern mütterlicherseits, obwohl er im Pariser Nobelvorort Neuilly-sur-Seine geboren, aufgewachsen und wohnhaft ist – ins Gesicht geschrieben. Aber das Gros der „einfachen" Wähler, des Massenpublikums der rechtsextremen Partei ließ sich davon nicht beeindrucken. In Scharen liefen sie zu dem Kandidaten über, der ihnen Autorität, „nationale Identität", harte Strafen für Übeltäter oder einen positiven Arbeits- und Leistungsbezug versprach – und dabei im Unterschied zu Jean-Marie Le Pen auch reale Chancen hatte, das höchste Staatsamt zu übernehmen.

Die organisierte extreme Rechte ist damit nicht von der Bildfläche verschwunden. Sie wartet auf die konkreten Entscheidungen, die der gewählte Präsident Nicolas Sarkozy treffen wird, um zukünftig seine „Inkonsequenz" und den „Bruch" seiner Wahlkampfversprechen anzuprangern. Den Anfang dazu macht sie noch vor der offiziellen Amtseinführung des neuen Staatsoberhaupts am 16. Mai 2007. Eine knappe Woche zuvor, am 10. Mai, nimmt Nicolas Sarkozy an der Seite des noch amtierenden Präsidenten Jacques Chirac an einer offiziellen Zeremonie teil, mit der staatlicherseits der Abschaffung der Sklaverei in Frankreich im Jahr 1848 gedacht wird. Prompt klagt die extreme Rechte die Ankündigung Nicolas Sarkozys ein, der in seiner Rede vom Wahlabend am 6. Mai proklamiert hatte, künftig sei es mit der „Reue" über die negativen Seiten der französischen Nationalgeschichte – die „eine Form von Selbsthass" sei – zu Ende. Den Ausspruch des Wahlsiegers aufgreifend, denunziert der FN die Teilnahme Nicolas Sarkozys an einer Zeremonie, die just „die Reue, das Büßertum" zum Gegenstand habe.

Dennoch wird die parteiförmig strukturierte extreme Rechte in naher Zukunft Schwierigkeiten haben, sich neben dem regierenden konservativen Block zu behaupten. Zumal damit zu rechnen ist, dass der Streit um die Nachfolge von Jean-Marie Le Pen an der Parteispitze, aber auch um die einzuschlagende Strategie und Orientierung des FN nunmehr voll ausbrechen wird. Der Abgang des Chefs aufs Altenteil ist durch sein Abschneiden bei der ersten Runde der Präsidentschaftswahl sicherlich beschleunigt worden. Aber auch die Rezepte seiner „strategischen Beraterin" im Wahlkampf, der Cheftochter Marine Le Pen, haben eher keine Bestätigung erfahren. Aller Wahrscheinlichkeit nach entbrennt damit nun alsbald ein neuer Richtungskampf. Spätestens, wenn zum Jahresende 2007 der (kalendermäßig im Vorjahr anstehende, aber verschobene) Parteikongress des FN stattfinden wird.

Rückblick auf den ersten Wahlgang...

Am 22. April 2007 erhielt Jean-Marie Le Pen im ersten Durchgang der Präsidentschaftswahl noch 10,44 Prozent der Stimmen im frankreichweiten Durchschnitt (einschließlich Überseegebiete, sonst 10,7 Prozent). Das ist sein schwächstes Ergebnis bei einer Präsidentschaftswahl seit über zwanzig Jahren; sogar sein schlechtestes Ergebnis bei einer Personenwahl überhaupt, sieht man von Le Pens Präsidentschaftskandidatur im Jahr 1974 (0,74 Prozent) ab, als der FN noch eine Splitterpartei bildete. 1981 hatte der rechtsextreme Politiker nicht kandidieren können, und bei seinen drei Kandidaturen von 1988, 1995 und 2002 erhielt er zwischen 14,4 und 17 Prozent .

Wo sind die Wähler abgeblieben? Die Antwort fällt ebenso einfach wie eindeutig aus: größtenteils bei Nicolas Sarkozy. Übrigens nicht oder kaum in der Stimmenthaltung, denn die Wahlbeteiligung war in diesem Jahr außerordentlich hoch (85 Prozent im ersten, 84 Prozent im zweiten Wahlgang) und die Mobilisierung der Stimmbürger quer durch alle sozialen Klassen und Schichten hindurch sowie in allen politischen Lagern ungewöhnlich stark. Eine solche Beteiligungsquote war seit der ersten Direktwahl des französischen Staatsoberhaupts durch das Volk im Jahr 1965 nicht mehr erreicht worden.

Rund 23 Prozent der Wähler Jean-Marie Le Pens aus dem Jahr 2002, glaubt man den Zahlen der Tageszeitung Libération, haben fünf Jahre später im ersten Wahlgang Nicolas Sarkozy gewählt. Hingegen gibt die Pariser Abendzeitung Le Monde (Ausgabe vom 25. April 2007) diesbezüglich sogar einen Anteil von 28 Prozent an. Das bedeutet den Transfer von rund einer Million Stimmen zugunsten Sarkozys, wie Jean-Marie Le Pen übrigens selbst in seiner Rede vom 1. Mai 2007 angeben wird.

Hinter diesen globalen Angaben entdeckt man jedoch deutliche regionale Disparitäten, die auch unterschiedlichen sozialen Phänomenen entsprechen. Der Übergang von vormaligen Wählern der extre-

men Rechten zum konservativen Kandidaten ist in jenen Regionen besonders ausgeprägt, wo die Stammwählerschaft Jean-Marie Le Pens historisch (ab 1984) von der konservativ-liberalen Rechten gekommen war. Dies gilt insbesondere für das Elsass sowie die südfranzösische Region Provence-Alpes-Côte d'Azur (PACA).

Dort erhält der FN-Kandidat im April dieses Jahres noch 13,6 respektive 13,8 Prozent der Stimmen, was jeweils einem Rückgang um gut zehn Prozentpunkte entspricht. Zählt man für das Jahr 2002 die Stimmenanteile für Jean-Marie Le Pen und seinen rechtsextremen Rivalen Bruno Mégret, und für 2007 jene Le Pens und seines nationalkonservativen Konkurrenten Philippe de Villiers (frankreichweit 2,2 Prozent) zusammen, so kommt man für die Region PACA sogar auf einen Rückgang von um die zwölf Prozentpunkte. Parallel dazu ist der starke Anstieg des konservativen Kandidaten schon im ersten Wahlgang festzustellen. Im Elsass hatte Jacques Chirac im April 2002 in der ersten Runde noch gut 18 Prozent der Stimmen erhalten und damit spürbar hinter Le Pen gelegen. Nicolas Sarkozy hingegen erobert im April 2007 den ersten Platz in der Region, mit 36,2 Prozent im ersten Wahldurchgang. Ähnlich der Zuwachs des rechtsbürgerlichen Präsidentschaftsanwärters in der Region PACA: Gegenüber Jacques Chirac vor fünf Jahren gewinnt er in der ersten Runde knapp 20 Prozent hinzu und landet mit 37,0 Prozent auf Platz Eins.

In beiden Fällen handelt es sich um Regionen, wo die Wählerschaft des FN in den 1980er Jahren von der bürgerlichen Rechten gekommen war. Im Falle der beiden el-

sässischen Départements Haut-Rhin und Bas-Rhin handelt es sich überwiegend um geschlossene soziale Milieus, oft in dörflichen oder kleinstädtischen Verhältnissen, die in einer relativ wohlhabenden Region leben und häufig über das „soziale Chaos" im übrigen Frankreich (aber am Rande auch in den Großstädten Strasbourg und Mulhouse) die Nase rümpfen. Historisch hatte die französische Christdemokratie – seit den späten 1940er Jahren zunächst durch den MRP (Mouvement républicain populaire, ungefähr „Republikanische Bewegung der kleinen Leute") verkörpert, seit den 1970er Jahren Bestandteil des konservativ-liberalen Parteienbündnisses UDF (Union für die französische Demokratie) – dieses Milieu politisch repräsentiert. Doch im Zuge der „Entkonfessionalisierung" der französischen Gesellschaft hatte die religiöse Bindung, im Laufe der Jahrzehnte, ihre Funktion als sozialen „Kitt" verloren. Seit den achtziger Jahre erfüllte der „identitäre" Diskurs der extremen Rechten dann diese Aufgabe. Aber im Jahr 2007 ist es Nicolas Sarkozy gelungen, diese vor allem die soziale „Ordnung" liebende Wählerschaft großenteils an sich zu ziehen.

Im südfranzösischen PACA-Land hingegen handelt es sich bei der „historischen" Stammwählerschaft Jean-Marie Le Pens zum Gutteil um Pieds Noirs, also ehemalige Algeriensiedler, die sich infolge der Entkolonialisierung (1962) in der Nähe der französischen Mittelmeerküste niederließen, und die aus dem kolonialen Apartheidsystem der früheren Algérie française einen soliden Rassismus mitbrachten. Ihre Stimmen gingen vor dem Auftauchen des FN als Wahlpartei in der Regel an die politische Rechte; aber bevorzugt ihre nicht-gaullistischen Komponenten, da Präsident Charles de Gaulle aufgrund seiner – späten – Zustimmung zur Unabhängigkeit Algeriens in ihren Augen einen „nationalen Verräter" darstellte. Auch hier ist es Nicoals Sarkozy gelungen, einen Gutteil dieser Wählerschaft anzusprechen. Der Kandidat, der in seiner Rede von Toulon vom 7. Februar 2007 (vgl. dazu http://www.ldh-toulon.net/spip.php? article1838) die „Leistungen" der ehemaligen Kolonialsiedler positiv hervorhob und die Kritik an ihrer Geschichte als Nationalmasochismus abtat, wurde offenkundig nicht mehr mit der historischen Bilanz des Gaullismus in Verbindung gebracht. Unbeschadet seiner politischen Herkunft aus dem neogaullistischen RPR, der 2002 in der neu gegründeten konservativ-wirtschaftsliberalen Einheitspartei UMP aufging, wird er allem Anschein nach nicht mehr mit dieser Traditionslinie identifiziert.

Die Stimmentransfers von Le Pen hin zu Nicolas Sarkozy fielen hingegen in jenen Regionen weniger stark aus, wo die Stammwählerschaft des FN-Kandidaten aus den letzten Jahren historisch nicht von der bürgerlichen Rechten kam. Dies gilt insbesondere für die ehemaligen Industrie- und Arbeiterregionen Picardie und Nord-Pas-de-Calais, die heute Krisenzonen darstellen und wo Jean-Marie Le Pen seit den 1990er Jahren bedeutsame Stimmenzuwächse erhielt. Die Stimmen für den rechtsextremen Kandidaten kamen hier aus allen politischen Himmelsrichtungen – zum Teil auch von ehemaligen Linkswählern, die beispielsweise ob der Bilanz früherer Linksregierungen politisch frustriert, aufgrund des Wegfalls des „Systemgegensatzes" Kapitalismus/Sozialismus desorientiert oder von der Unmöglichkeit erfolgreichen sozialen Widerstands überzeugt sind.

In diesen beiden Regionen hält sich Jean-Marie Le Pen im Jahr 2007 relativ gut, verglichen insbesondere mit seinen Verlusten in früheren Hochburgen des FN wie dem Elsass und PACA. In der Picardie erhält er seinen höchsten diesjährigen Stimmenanteil unter allen französischen Regionen, mit 15,4 Prozent, was einen Verlust von fünf Prozentpunkten gegenüber dem ersten Wahlgang von 2002 darstellt. In dieser Region nördlich des Großraums Paris besteht die FN-Wählerschaft aus einer brisanten Mischung von Arbeitermilieus – vor allem in kleinen und isolierten provinziellen Industriezentren – sowie ehemaligen Algerienfranzosen (Pieds noirs) und im Algerienkrieg kämpfenden Militärs, die vorwiegend im Département Oise angesiedelt worden sind. In einem von drei Départements der Picardie erhält Jean-Marie Le Pen zwischen 2002 und 2007 sogar, in absoluten Zahlen gemessen, Stimmenzuwächse (auch wenn der prozentuale Anteil aufgrund der sehr hohen Wahlbeteiligung sinkt). So gewinnt er zwischen den beiden Wahljahren im Département Somme, wo die historisch sehr starke örtliche KP in einer ernsten Krise steckt, rund 1.200 Stimmen hinzu. Freilich sinkt der prozentuale Anteil von 16,3 auf 14,3 Prozent ab. Hingegen erleidet er im Département Aisne einen bescheidenen Verlust von rund 1.800 Wählern. Im Département Oise jedoch, wo die Stammwählerschaft Le Pens weitaus eher von der konservativen Rechten kam, büßt er weitaus mehr ein und verliert in absoluten Zahlen rund 16.500 Wähler, mit 66.000 Stimmen statt zuvor 82.500, was einem gesunkenen Prozentanteil von nunmehr 14,9 Prozent (statt 22,8 Prozent) entspricht. Die Pariser Abendzeitung Le Monde schreibt dazu u.a. in ihrer Sonderbeilage zum Wahlausgang vom 24. April: „Nicolas Sarkozy profitiert eindeutig von diesem Rückgang (Anm.: Le Pens im Département Oise). Die Zugewinne des konservativen Kandidaten von einer Präsidentschaftswahl zur anderen (Anm.: verglichen mit dem Abschneiden Chiracs im April 2002) entsprechen ziemlich genau den Verlusten der extremen Rechten."

In der Region Nord-Pas-de-Calais, einem ehemaligen Industrierevier nahe der belgischen Grenze, erfährt Jean-Marie Le Pen mit einem Gesamtergebnis von 14,7 Prozent zwar ebenfalls einen Verlust. Aber im Département Pas-de-Calais sinkt er dabei nur von 18,4 Prozent (im Jahr 2002) auf 16 Prozent, was in absoluten Zahlen einem Zuwachs um 4.900 Wähler (auf 140.200) entspricht. Es sei darauf hingewiesen, dass dieser frühere Bergbaubezirk insofern eine Ausnahmestellung einnimmt, als der Front National hier an bestimmten Orten tatsächlich noch eine konkrete Politik vor Ort – auf Tuchfühlung mit der örtlichen Bevölkerung und den sozialen Unterklassen – durchführt. Anders als in großen Teilen des übrigen Frankreichs, wo die rechtsextreme Partei ihre „einfache" Wählerschaft oftmals nur noch über das Fernsehen sowie in Form von Wahlplakaten anspricht, ist die Partei hier im Alltag präsent und greift lokale Probleme binnen kürzester Zeit auf. Diese Fähigkeit zu realer Verankerung in der Gesellschaft hängt an der Anwesenheit eines besonders fähigen jungen Kaders, Steeve Briois – der nach der Parteispaltung von 1999 den FN zunächst zusammen mit den Anhängern Bruno Mégrets verließ, aber später zurückkehrte. Bei den Parlamentswahlen vom Juni 2002 wählte Marine Le Pen ihren Wahlkreis in seinem Bezirk, in der Nähe von Lens, und erhielt dort über 32 Prozent der Stimmen. In gewisser Hinsicht verfügt die rechtsextreme Partei in diesem Département also über ein „Laboratorium". Im Jahr 2004 ist darüber sogar ein eigener, knapp einstündiger Dokumentarfilm gedreht worden (Au pays des gueules noires, Regisseur: Edouard Mills-Affif).

Es lässt sich feststellen, dass diese Politik offenkundig längerfristig ihre Früchte getragen hat. Aber auf die Verhältnisse in ganz Frankreich übertragen lässt sich dieses Phänomen derzeit nicht. Was aber wäre, falls die extreme Rechte objektiv und subjektiv in der Lage wäre, überall so aufzutreten, lässt sich kaum realistisch beurteilen.

Bernhard Schmid (Paris) ■

Sarkozy wählende Le Pen-Anhänger im Elsass

In ihrer Ausgabe vom 30. April 07 publiziert die linksliberale Tageszeitung Libération eine Reportage aus der elsässischen Kleinstadt Eywiller, die im April 2002 noch zu 45,7 Prozent (im ersten Wahlgang) Le Pen gewählt hatte. Dieses Mal landete der FN-Kandidat nur auf dem dritten Platz, Nicolas Sarkozy dagegen wurde Nummer Eins. Es kommen eine Reihe von Wählerinnen zu Wort, die die Auffassung vertreten, die reiche Region Elsass solle aufhören, „die Melkkuh" anderer Regionen oder gar von Zuwanderern zu sein, die gegen „die Araber und die Schwarzen" stänkern – aber Jean-Marie Le Pen mit bald 79 Jahren „zu alt" finden und mit ihrem Stimmzettel nicht länger „nur protestieren" möchten. Auch wird der Ausspruch Le Pens in der Schlussphase des Wahlkampfs, mit dem er den in Frankreich geborenen und aufgewachsenen Nicolas Sarkozy wegen der ungarischen Herkunft seines Vaters als „Zuwanderer" abstempelte, als zu extrem und exzessiv empfunden. Ein Kneipenwirt wird mit den Worten zitiert, bei seinen Kunden heiße Sarkozy „der neue Le Pen oder der kleine Le Pen"; er selbst stimmte im Jahr 2007 für „den großen Le Pen" im ersten Wahlgang, will sich aber in der zweiten Runde dem konservativen Kandidaten anschließen. Das ist sicherlich keine ernst zu nehmende Analyse des politischen Phänomens Sarkozy, sondern widerspiegelt eher die emotionale Umorientierung einer bisher dem rechtsextremen Kandidaten verpflichteten Wählerschaft. Aber es kennzeichnet die Wählerwanderung, die in diesem Bereich ganz offenkundig stattgefunden hat.

Situation und Stellung der extremen Rechten in der Bundesrepublik (eine Skizze)

von Gerd Wiegel

Ausgangsthesen:

- Wir haben es mit einer neuen Situation und neuen Qualität der extremen Rechten in der Bundesrepublik zu tun.
- Die extreme Rechte wird sich längerfristig als politischer Faktor in Teilen des Landes etablieren.
- Die (wahrgenommene) soziale Situation ist ein entscheidender Faktor für Affinitäten zur extremen Rechten.

Die neue Qualität der extremen Rechten:

Die zunehmenden Wahlerfolge und die Etablierung einer Stammwählerschaft der NPD: In Sachsen (9,2%) und Mecklenburg-Vorpommern (7,3%) erreichte die Partei überdurchschnittliche Ergebnisse bei den Erstwählern. 17 % der 18-24-jährigen gaben in Mecklenburg-Vorpommern der NPD die Stimme; nimmt man nur die männlichen Wähler dieser Gruppe, dann waren es 22 %.

Die NPD verzeichnet einen kontinuierlichen Mitgliederzuwachs und hat mit ca. 7.000 Mitgliedern die Republikaner schon überholt. Durch die Wahlabsprachen zwischen DVU und NPD kommt es nicht länger zu Konkurrenzkandidaturen; ebenso lässt sich eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen NPD und dem militanten Teil der extremen Rechten beobachten.

Die Rolle von Frauen gewinnt zunehmend an Bedeutung für die rechtsextreme Szene, was zu einer weiteren Verfestigung führt. Mittlerweile lassen sich ganze Familienkarriere innerhalb dieser Szene beobachten. Dabei gibt es weiterhin die Auseinandersetzung um das Bild der Frau in der Szene: „Kämpferin“ oder Mutter.

Die soziale Frage wird immer mehr zu einem zentralen Feld für die extreme Rechte. Ziel ist es, dieses Thema der Linken streitig zu machen. Mit Parolen wie „Weg mit Hartz IV!“ und „Arbeitsplätze zuerst für Deutsche“ verbinden sie die soziale Frage mit dem Rassismus. Die Besetzung symbolträchtiger Daten der Linken, wie die rechten Aufmärsche am 1. Mai verdeutlichen diese Strategie.

Der weitere Anstieg rechter Straf- und Gewalttaten zeigt das Ausmaß der akuten Bedrohung für alle, die nicht dem Weltbild der extremen Rechten entsprechen.

Mittels der so genannten „Wortergreifungsstrategie“ treten verstärkt Angehörige der rechtsextremen Szene auf antifaschistischen und linken Veranstaltungen auf.

Die Verschärfung der sozialen Lage verbunden mit der Enttäuschung über die herrschende Politik führt zu einer Zunahme von Einstellungsmustern in der Mitte der Bevölkerung, die klassischerweise als rechtsextrem bezeichnet werden.

Die Entwicklung der extremen Rechten in der alten Bundesrepublik verlief in konjunkturellen Schüben: Die erste Phase knüpfte direkt an die NS-Erfahrung an und endete 1952 ff. mit dem Verbot der neofaschistischen SRP. Den zweiten Schub finden wir in der Mitte der 60er Jahre, als die NPD in sieben Landesparlamente einzog und den Sprung in den Bundestag nur knapp verpasste. Der letzte Schub nahm seinen Ausgangspunkt Ende der 80er Jahre, mit dem Einzug der Reps ins Berliner Abgeordnetenhaus. In der DDR finden wir eine aufstrebende extreme Rechte am Ende der achtziger Jahre.

Abgesehen vom ersten Schub lassen sich alle Aufstiegsphasen der extremen Rechten mit wirtschaftlichen Krisenphasen verbinden. Die Verfestigung dieses letzten Schubs bis heute hat eine wirtschaftliche und soziale Krise in Permanenz zum Hintergrund, womit sich auch die besondere Rolle des Ostens erklärt.

Die Wandlung der NPD

Die neue Qualität der extremen Rechten lässt sich gut am gewandelten Bild der NPD verdeutlichen: Mit ihrer Gründung 1964 und bis in die achtziger Jahre hinein war die NPD eine Altherrenpartei, die sich vor allem als antikommunistisch und NS-nostalgisch beschreiben lässt. Ihr Ziel war es, von der CDU als möglicher Partner akzeptiert zu werden. Die NPD war christlich-konservativ und besitzbürgerlich. Heute tritt sie als jugendliche, revolutionäre Kaderpartei auf; sie will das kapitalistische System zugunsten eines nationalen Sozialismus stürzen, lehnt das Christentum ab und versteht sich als neuheidnisch. Konstant geblieben sind ein völkischer Rassismus, eine (heute offensiv vorgetragene) Verherrlichung des Faschismus und der virulente Antisemitismus.

(...) Diese jugendkulturelle Ausrichtung lässt sich auch an Wahlergebnissen ablesen:

Bei der Wahl in Mecklenburg-Vorpommern (gesamt = 7,3 Prozent) erzielte die Partei mit 17 Prozent unter den 18-24-Jährigen ihr bestes Ergebnis und bestätigt damit einen Trend, der sich auch schon in Sachsen beobachten ließ. Hier hatten 16 Prozent dieser Wählergruppe für die NPD gestimmt (bei einem Gesamtergebnis von 9,2 Prozent). Blickt man nur auf die männlichen Wähler dieser Alterskohorte, dann erhöht sich der NPD-Anteil in MV auf 22 Prozent, womit die NPD hinter der SPD (24 Prozent) auf dem zweiten Platz liegt. Selbst unter den 25-34-jährigen Männern waren es noch 18 Prozent, die für die NPD stimmten. Allerdings besziehen sich die Zahlen nur auf diejenigen, die auch zur Wahl gegangen sind; bezieht man die Nichtwähler mit ein, relativieren sich die Zahlen.

Überdurchschnittliche Ergebnisse konnte die NPD in MV bei Arbeitslosen (17 Prozent), Arbeitern (11 Prozent) aber auch Selbständigen (9 Prozent) erzielen. Diese Ergebnisse bestätigen ähnliche Tendenzen bei vorhergehenden Wahlen.

Anders als früher ist heute der Verlauf rechtsextremer Karrieren: Verließen früher viele Anhänger die Szene, wenn sie einen Beruf fanden, eine Beziehung aufbauten und eine Familien gründeten, finden wir heute vermehrt ganze Familienkarrieren innerhalb der Szene. Dies ist auch eine Folge des verstärkten Eintritts von Frauen in die Szene. In zahlreichen Regionen des Landes lassen sich heute Netzwerke und Lebenswelten der extremen Rechten ausmachen: Das geht von Freizeiteinrichtungen und Jugendtreffs über Szeneläden bis hin zu Kleinbetrieben. Man könnte hier von „Parallelgesellschaften“ sprechen, doch ist der Begriff deshalb falsch, weil es zahlreiche Verbindungen zur „normalen“ Gesellschaft gibt: Nazis sind Helfer bei der örtlichen Kirmes, organisieren das Dorffest mit, beteiligen sich an Gemeinschaftsaufgaben, dem Vereinsleben, der freiwilligen Feuerwehr – sie sind in vielen Fällen akzeptierte und angesehene Mitbürger.

nonpd
NPD-Verbot jetzt!

Entgegen dem häufigen Gerede von Protestwählern ist die NPD dabei, eine Stammwählerschaft herauszubilden für die die NPD eine „normale“ und in vielen Fällen die einzige Wahloption ist. Gerade der überproportionale Anteil von JungwählerInnen ist ein Hinweis darauf, dass sich hier etwas verstetigen könnte.

Weiter lässt sich ein deutliches Stadt-Land-Gefälle ausmachen. In ländlichen, strukturschwachen Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit, Abwanderung und geringen Angeboten der Jugendkultur findet die extreme Rechte und die NPD ihren besten Nährboden. So genannte rechte Dominanzzonen finden sich in solchen Gebieten.

Darüber hinaus ist der NPD in zahlreichen Regionen Ostdeutschlands ein entscheidender Spagat gelungen: Sie findet Anklang in der kleinbürgerlichen Mitte kleinstädtischer und dörflicher Strukturen, ohne dabei das militante und jugendliche Spektrum zu verprellen. Die Ergebnisse mit bis zu 30 Prozent in Dörfern und Kleinkommunen Sachsens und Mecklenburg-Vorpommerns zeigen dies. Mit Figuren wie Udo Pastörs (MV) oder Uwe

Leichsenring (Sachse, inzwischen verstorben) präsentiert man sich seriös. Der Uhrmacher aus Lübtheen und der Fahrschullehrer aus Königstein sind auch für eine bürgerliche Klientel wählbar.

Einstellungsmuster, soziale Basis, Anknüpfungspunkte

Auf der Ebene der Einstellungen handelt es sich – anders als die Analysen der Wahlergebnisse für die NPD vermuten lassen – beim Rechtsextremismus keineswegs um ein reines Jugendphänomen. Dies zeigen zahlreiche Untersuchungen zu Einstellungsmustern der Gesamtbevölkerung und auch die sozialstrukturellen Daten der NPD-Wähler: Soziale Lage und Bildungsstand werden allgemein als die wichtigsten Faktoren angesehen.

Auf der Ebene der rechtsextremen Einstellungsmuster werden in gängigen Untersuchungen sechs Themenfelder abgefragt: 1. Befürwortung einer Diktatur, 2. Chauvinismus, 3. Ausländerfeindlichkeit, 4. Antisemitismus, 5. Sozialdarwinismus, 6. Verharmlosung des NS.

In allen sechs Punkten lassen sich bei Menschen ohne Erwerbsarbeit die höchsten Zustimmungswerte ausmachen, wobei Ausländerfeindlichkeit und Chauvinismus die stärkste Zustimmung erhalten.

Insgesamt sehen 37 Prozent aller Befragten die Bundesrepublik „durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet“ (Kein Unterschied Ost/West), 27 Prozent im Westen und 23 Prozent im Osten wollen, dass Deutschlands Macht und Geltung in der Welt oberstes Ziel der Politik sein soll und 24 Prozent West und 23 Prozent Ost finden, dass Deutschland jetzt eine einzige starke Partei braucht, „die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert“. (Zahlen nach Decker/Brähler, APuZ 42/2005) Decker/Brähler machen auf der Einstellungsebene keine gravierenden Ost-West-Unterschiede aus. Es gibt sie dagegen auf der Ebene des Wahlverhaltens und der Gewalt: hier liegen die Zahlen im Osten eindeutig höher.

Die besondere Affinität von Gruppen, die sozial am Rande der Gesellschaft stehen zur extremen Rechten wird häufig in den Analysen hervorgehoben. Stöss spricht bezogen auf extrem rechte Einstellungen sogar von einem „Unterschichtenphänomen“. Ansprechbar sind jedoch auch die vermeintlichen „Leistungsträger“ (Selbständige), für die die tägliche Drohung, aus dem gesicherten Rahmen des sozialen Gefüges zu fallen, zur Alltagsrealität gehört. Menschen in prekären Lagen, wobei dieser Begriff weit gefasst werden muss, sind offenensichtlich überdurchschnittlich ansprechbar von rechts. Während die Zustimmungswerte bei Menschen mit Abitur bei allen sechs oben angeführten Aussagefeldern nur die Hälfte bis ein Drittel der übrigen Befragten betragen, lässt sich jedoch gerade für die Gruppe der gut Gebildeten in den letzten Jahren ein Anstieg in den abgefragten Einstellungsmustern ausmachen. Die Gefahr einer Erosion auch bei den gut Gebildeten besteht. Während auf der Wahlebene und auch bei den Mitgliedschaften ein deutliches Übergewicht von Männern festzustellen ist, findet auf der Einstellungsebene eine stärkere Annäherung der Geschlechter statt, wenngleich auch hier die Männer dominieren.

Weiter zeigen Personen mit relativer Deprivation eine besondere Anfälligkeit für extrem rechte Einstellungen, wobei relative Deprivation „diejenigen Formen wahrgenommener Benachteiligung“ bezeichnet, „die entweder aus dem Vergleich der eigenen Situation mit der anderer Personen oder aus dem Vergleich der Situation der eigenen Gruppe mit der einer anderen Gruppe resultiert.“ (Heitmeyer, Deutsche Zustände, S. 68) Immerhin schätzen 24 Prozent der Befragten die Lage der Deutschen im Vergleich zur Lage der in Deutschland lebenden Ausländer schlechter ein, eine Ansicht, die man in Alltagsdiskussionen zum Thema Rechtsextremismus immer wieder hören kann. Mit ihrer Fixierung auf die „Ausländerfrage“ als Lösung aller Probleme spricht die extreme Rechte diese Menschen direkt an. Laut Stöss vertreten 26 Prozent der Menschen mit relativer Deprivation rechtsextreme Einstellungsmuster. Die stärkste Korrelation zu solchen Einstellungsmustern weisen laut Stöss jedoch Menschen auf, die als politisch apathisch gelten: Hier neigen bundesweit 36 Prozent und in Ostdeutschland 51 Prozent zu Einstellungspotenzialen, wie sie von der extremen Rechten vertreten werden.

Angesichts einer aktuellen Entwicklung, in der die Abwendung von den politischen Institutionen und Parteien dramatisch zunimmt und das Vertrauen in die Lösungskompetenz des demokratischen Systems weiter sinkt, sind solche Erkenntnisse höchst bedrohlich. Im aktuellen Datenreport von WZB und Statistischem Bundesamt sehen nur noch 38 Prozent der Ostdeutschen die Demokratie in Deutschland als die beste Staatsform an (West = 71 Prozent), ein Rückgang gegenüber 2000 von 11 Prozent. Offen bleibt, ob es sich hier um eine Ablehnung demokratischer Aushandlungsformen an sich oder um eine Ablehnung der konkreten Ausprägung der parlamentarischen Demokratie in der Bundesrepublik handelt.

Auf der Ebene der Einstellungen wird deutlich, dass Rechtsextremismus kein Randphänomen ist, sondern seinen Platz in der Mitte der Gesellschaft hat. Aus dieser Mitte bekommen extrem rechte Vorstellungen und Meinungen immer wieder Unterstützung. Wichtige Felder sind hier der gesamte Bereich der Migrationspolitik und die Frage der Erinnerung an den Faschismus.

Die fast durchgängige Beschreibung von Zuwanderung als Problem und Gefährdung „unseres“ Wohlstands bestätigt die von der extremen Rechten vorgebrachten Problembeschreibungen. Gesetzliche Regelungen, mit denen MigrantInnen zu Menschen zweiter Klasse gemacht werden und die bekannten populistischen Äußerungen von etablierten Politikern zum Thema stärken die extreme Rechte und legitimieren ihr Aussagen in den Augen der Bevölkerung.

Ähnliches gilt für das Gebiet der NS-Erinnerung: Die Verlagerung der Diskussion auf eine deutsche Opferdebatte (Vertreibung, Bombenkrieg) und die Etablierung antijüdischer Ressentiments in Teilen der Eliten (Walser, Möllemann, Hohmann etc.) bestärken die Neofaschisten und ermöglichen es ihnen, an solche Positionen anzuschließen.

Ausblick

Die NPD wird sich als Partei für einen Teil des „abgehängten Prekariats“ (und darüber hinaus, vgl. FES-Studie) dauerhaft etablieren können. Sie wird ihren Schwerpunkt, allein aufgrund der sozialen Lage (es gibt weitere Faktoren), im Osten behalten. Es ist mit dem Einzug in weitere Landesparlamente zu rechnen, ein Erfolg bei den Europawahlen ist möglich, für die Frage des Einzugs in den Bundestag ist die Kraft und Attraktivität der LINKEN von entscheidender Bedeutung (wir konkurrieren in großen Teilen um ein ähnliches Wählerklientel).

Alle Gegenstrategien werden einen langen Atem brauchen:

- Die soziale Frage ist als Kernpunkt der Linken ein zentraler Punkt im Kampf gegen rechts. Mit ihr allein werden wir das Problem aber nicht lösen (siehe z.B. Lega Nord in Italien, Stichworte „relative Deprivation“, Wohlstandschauvinismus)
- Wichtig ist, der extremen Rechten auf dem Gebiet der Jugendarbeit/Jugendkultur das Feld streitig zu machen. Hier befinden sich die größten Einfallstore (vor allem im Osten)
- Der Konsens der Demokraten gegen rechts ist wichtig: Wenn es hier Brüche oder gar Annäherungen gibt (siehe Italien, Österreich u.a.) wäre das ein Durchbruch für die NPD.
- Wichtig für die LINKE bleibt aber auch die politische Profilierung als konsequente politische Alternative zum Kapitalismus, andernfalls wird der NPD dieses Feld überlassen.
- Die konsequente Nutzung des juristischen Spielraums gegen die extreme Rechte ist wichtig, um immer wieder die Grenzen zu markieren.
- Die Erinnerung an den Faschismus ist ein großes Hindernis für die extreme Rechte in Deutschland. Diese Erinnerung wach zu halten, ist ein wichtiger Beitrag zur Bekämpfung des Neofaschismus.

Dr. Gerd Wiegel ist Fachreferent Rechtsextremismus/Antifaschismus bei der Fraktion Die Linke im Deutschen Bundestag. Er hielt diesen Vortrag auf dem NRW Landesparteitag der Linken am 12./13.5.07

2006 mehr als 13.000 Menschen abgeschoben

BERLIN. Im vergangenen Jahr sind insgesamt 13.060 Menschen auf dem Luftweg aus Deutschland abgeschoben worden. Dazu kamen 829 Abschiebungen auf dem Landweg und fünf auf dem Seeweg. Das teilt die Bundesregierung in ihrer Antwort (16/4724) auf eine Kleine Anfrage der Linken (16/4523) mit. Am häufigsten wurden dabei Menschen nach Serbien und Montenegro (1.884 Fälle) und in die Türkei (1.834 Fälle) abgeschoben, gefolgt von Vietnam (929 Fälle), Rumänien (732 Fälle) und Bulgarien (569 Fälle). In den meisten Fällen erfolgten die Abschiebungen vom Flughafen Frankfurt am Main aus. Insgesamt gab es 713 Zurückschiebungen und 3.807 Zurückweisungen an Flughäfen. Fragen der Linksfraktion, wie viele der Abgeschobenen Asylbewerber, Kinder oder über 60-Jährige waren, beantwortet die Regierung mit dem Verweis darauf nicht, dass es dazu keine statistischen Erhebungen gebe. In insgesamt drei Fällen habe die Abschiebung aufgrund des Widerstands der Betroffenen nur durch die Anwendung körperlicher Gewalt oder durch Fesselung durchgesetzt werden können. Darüber, wie viele Abschiebungen aufgrund von Widerstand oder medizinischer Bedenken abgebrochen wurden, macht die Regierung ebenfalls keine Angaben. Dem Bund seien für die Sicherheitsbegleitung bei Rückführungen im vergangenen Jahr Kosten von insgesamt 8,9 Millionen Euro entstanden. In Bezug auf die weiteren Kosten, die im Zusammenhang mit Abschiebungen entstanden sind, verweist die Regierung auf die Zuständigkeit der Länder.

Quelle: Büro JRS, stefan.kessler@jrs.net ■

Aktionstage gegen die Verschärfungen im Zuwanderungsgesetz

BERLIN. Zeitgleich zur Innenministerkonferenz, die Ende Mai – Anfang Juni 2007 in Berlin stattfinden wird, wird im Bundestag über die Verschärfung des Zuwanderungsgesetzes entschieden. Der Gesetzentwurf enthält zahllose Verschärfungen: die Erschwerung des Familiennachzugs, die Erschwerung der Einbürgerung für junge MigrantInnen, Sanktionen bei Nichtteilnahme an Integrationskursen, verminderter Leistungsbezug auf vier Jahre für nicht anerkannte Flüchtlinge, verschärfte Ausweisung und vieles mehr. Außerdem gibt es keine effektive Bleiberechtsregelung, keine Regelung für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge, wie zum Beispiel Kranke oder traumatisierte Flüchtlinge, Alte oder Erwerbsunfähige.

An der Flickschusterei der Änderungsentwürfe, die in keinem Zusammenhang mit dem Europarecht stehen, wird der Charakter der bundesdeutschen Politik deutlich: Sie ist rückwärtsgewandt und inhuman.

Die sichtbaren Folgen der bundesweiten Flüchtlingspolitik: 351 Tote (Quelle: ARI, Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen 1993- 2006)! Deutschland ist treibende Kraft der EU Abschottungspolitik. Mit tödlichen Folgen: Nach Schätzungen sind über 10.000 Menschen im vergangen Jahr bei dem Versuch nach Europa zu gelangen gestorben.

Wir leben in einem Deutschland, in einem Europa, wo ein rassistisch strukturiertes, globales Ausbeutungsgefälle geschaffen wurden, durch Auslagerung von Arbeitsprozessen in so genannte Billiglohnländer, durch Freihandelszonen, durch Schuldenpolitik u.v.m. Das ganze wird gesichert durch eine (militärische) Migrationskontrolle, durch erpresserische Rückübernahmeabkommen, vorgelagerte Flüchtlingscamps an den europäischen Außengrenzen etc.

Es sind die G8 - Staaten, die zusammen mit internationalen Konzernen und internationalen Organisationen wie WHO, IWF und Weltbank diese globalen Ungerechtigkeiten weiterentwickeln. Die Schaffung von Zonen völliger Armut und extremen Reichtums für Wenige ist die Ursache dafür, dass Menschen gezwungen sind, ihr Land zu verlassen.

Deshalb stehen die Berliner Aktionstage am 24. Mai und am 1. Juni auch im Zeichen der Mobilisierung gegen den G8 Gipfel in Heiligendamm.

Lasst uns gemeinsam kämpfen gegen Ungleichheit und Diskriminierung! Für unsere Rechte! Für Gleichheit und Gerechtigkeit! Deshalb rufen wir alle auf, auf die Straßen zu gehen und sich für ein gleichberechtigtes Zusammenleben aller Menschen einzusetzen.

Wir fordern: ein Zuwanderungsrecht ohne Rassismus, Bleiberecht für alle und gleiche Rechte für alle

Aktionsplan:

Zur Anhörung von Sachverständigen durch den Bundestag zum Änderung des Zuwanderungsgesetzes:

◗ 24. Mai, 16:30 Uhr: Kundgebung vor der SPD-Zentrale in der Wilhelmstraße, danach Demonstration von der SPD- zur CDU-Zentrale.

Zum Abschluss der Innenministerkonferenz:

◗1. Juni, 16:30 Uhr: Kundgebung am Alex und Demonstration zum Brandenburger Tor

Zur Verabschiedung des Zuwanderungsgesetzes:

◗ 14. Juni, 16:30 Uhr: Kundgebung vor dem Bundesinnenministerium Alt-Moabit 101 – danach Demo zum Bundestag

Aufruf unter buero@hier.geblieben.net ■

Geduldete werden in miese Jobs gedrängt

Das Bundeskabinett hat am Mittwoch Änderungen des Zuwanderungsrechts beschlossen. Man wolle langjährig geduldeten Ausländern „durch Arbeitsaufnahme ein Bleiberecht ermöglichen“ und Zwangsheiraten eindämmen, so die Darstellung von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU). Vorläufig Geduldete, die bis Ende 2009 keinen Arbeitsplatz finden, sollen das Bleiberecht verlieren. Die CSU sprach von einem „Abschied von Multi-Kulti in der Zuwanderungspolitik“. Das Rote Kreuz und der DGB übten scharfe Kritik. Die Bleiberechtsregelung sieht vor, dass langjährig Geduldete bis Ende 2009 einen uneingeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten, bis dahin aber keine höheren Sozialleistungen bekommen. Wer anschließend nicht nachweisen kann, dass er selbst für seinen Lebensunterhalt aufkommen kann, soll das Bleiberecht verlieren.

Die Länder sollen entscheiden dürfen, ob sie Sach- oder Geldleistungen gewähren. Spekulativ ist, wie viele der derzeit rund 170.000 Geduldeten auf diese Weise ein Bleiberecht erhalten werden. Schäuble sprach von etwa 100.000, die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer (CDU), dagegen von nur rund 60.000 Menschen. Nachziehende Ehepartner sollen künftig mindestens 18 Jahre alt sein und vor der Einreise einfache Sprachkenntnisse nachweisen müssen. Dies soll nach offizieller Darstellung dem Schutz vor Zwangsehen dienen. Bei der Visa-Vergabe soll dem Kabinettsbeschluss zufolge die Zusammenarbeit der Ausländer- und „Sicherheitsbehörden“ verstärkt werden. Bei Nichtteilnahme an Integrationskursen sollen Sozialleistungen gekürzt werden. Schäuble zeigte sich überzeugt, dass die Novelle die Integration fördern werde und im Sinne der Betroffenen sei. Zudem würden die Sozialsysteme entlastet. Auch trage das Gesetz zur Harmonisierung des Asylrechts in der EU bei, da elf aufenthalts- und asylrechtliche Richtlinien aus Brüssel umgesetzt würden.

Grünen-Chefin Claudia Roth warf der Koalition vor, „Integrationsverhinderungspolitik“ zu betreiben. „Scharfmacher in der Union“ und eine „hasenfüßige SPD“ hätten einen inhumanen Gesetzentwurf vorgelegt, der das Ausländer- und Asylrecht in Deutschland massiv verschärfe. Der Innenexperte der FDP-Fraktion, Hartfrid Wolff, dagegen begrüßte die Bleiberechtsregelung im Grundsatz. „Der Beschluss ist zwar ein Schritt in die richtige Richtung, jedoch nicht die notwendige

nachhaltige Lösung“, sagte der FDP-Politiker.

Der CSU-Innenexperte Stephan Mayer sagte, die Zuwanderungsnovelle läute „den überfälligen Abschied von realitätsfernen Multi-Kulti-Illusionen linker Weltverbesserer in der Ausländerpolitik“ ein. Der Vorsitzende des Bundestagsinnenausschusses, Sebastian Edathy (SPD), äußerte verfassungsrechtliche Bedenken gegen die geforderten Deutsch-Kenntnisse beim Ehegattennachzug. Schäuble zeigte sich dagegen sicher, „dass das Gesetz jeder verfassungsgerichtlichen Prüfung standhält“.

Der DGB warnte vor unerwünschten Nebenwirkungen. Die zweijährige Bewährungsfrist berge vor allem die Gefahr, das die Geduldeten „in jeden noch so miesen Job gedrängt werden und sich im Zweifel ausbeuten lassen müssen, um der Abschiebung zu entkommen“, sagte DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach.

Quelle: Informations- und Kompetenzzentrum für die Flüchtlingshilfe Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt e.V., Arbeitskreis Europäischer Flüchtlingsfonds (AKEFF) April 2007 ■

Für eine nachhaltige Integrationspolitik streiten!

Kommentar von Annelie Buntenbach, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands des DGB:

1.5.2007. Nur wenige staatliche Stellen und Organisationen können auf so lange Erfahrungen mit der Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern zurückblicken wie die Kirchen und die Gewerkschaften. Die Gewerkschaften setzten sich von Anfang an mit der Forderung „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen ein. Gleichzeitig versuchten sie, ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer als Mitglieder – mit gleichen Rechten – für die Gewerkschaften zu gewinnen, um gemeinsam mit ihnen für die Durchsetzung der Interessen aller Beschäftigten einzutreten. Dazu erforderlich waren Informationen in den Sprachen der Herkunftsländer, spezifische Seminare und Migranten als Beraterinnen und Berater einzustellen sowie die Beteiligung an der betrieblichen Interessenvertretung einzufordern.

In der aktuellen, von der Bundeskanzlerin im letzten Jahr angestoßenen, integrationspolitischen Debatte wird zwar auf die historischen Erfahrungen und die Integrationsleistungen der Migrantinnen und Migranten verwiesen. Es müsse aber festgestellt werden, heißt es in dem Beschluss der Bundesregierung vom 12. Juli 2006, dass „gerade bei der zweiten und dritten Generation deutliche Integrationsdefizite“ bestünden, diese gelte es zu beheben. Richtig ist, dass – angesichts der gravierenden Veränderungen in der Beschäftigungsstruktur – die Bedeutung der deutschen Sprache und eines möglichst guten Schul- und Berufsabschlusses für eine nachhaltige Arbeitsmarktintegration wächst. Richtig ist aber auch, dass die geringe Ausbildungsbeteiligung ausländischer Jugendlicher und die überproportionale Arbeitslosigkeit mit dem Qualifikationsniveau allein nicht erklärt werden kann.

Die Gewerkschaften verfolgen daher einen – gegenüber den Vorstellungen der Bundesregierung – weitergehenden Ansatz in der Integrationspolitik. Diesen haben sie im Beschluss des DGB Bundeskongresses 2006 „Aktionsplan für Integration und Chancengleichheit entwickeln“ deutlich gemacht. Ziel der Integration ist nicht die Assimilation in eine Gesellschaft, in der Eingewanderte möglichst unauffällig leben; Ziel ist die Weiterentwicklung einer gemeinsamen und pluralen Gesellschaft, „die allen Einwohnern, unabhängig von der Frage, ob jemand eingewandert ist oder nicht, gleiche Chancen zur Teilhabe in Gesellschaft, Bildung, Arbeitsleben und im sozialen Umfeld und bei politischen Entscheidungen bietet“. Auf dieser Grundlage haben der DGB und die Gewerkschaften insbesondere in der von der Bundesregierung eingesetzten Arbeitsgruppe „Gute Bildung und Ausbildung sichern, Arbeitsmarktchancen erhöhen“ mitgearbeitet, Statements abgegeben und Thesenpapiere erstellt, deren Inhalte in den Abschlussbericht dieser Gruppe eingeflossen sind.

Inzwischen liegen auch die Ergebnisse der Arbeitsgruppen vor. Deutlich wird, dass die Bundesregierung in allen Arbeitsgruppen den Versuch unternommen hat, die – mit den rechtlichen Rahmenbedingungen verbundenen – Integrationshemmnisse auszublenden. Gerade der vorgelegte Gesetzentwurf zur Änderung des Zuwanderungsgesetzes mit seinen Verschärfungen beim Ehegattennachzug, der Integrationsförderung oder im Staatsangehörigkeitsrecht zeugt von einem grundsätzlichen Misstrauen gegenüber Eingewanderten.

Da beides, die weitere Formulierung des „Nationalen Integrationsplans“, an der die Gewerkschaften und die Migrantenorganisationen nicht beteiligt sind, und das aktuelle Gesetzgebungsverfahren parallel verhandelt werden, kommt es darauf an, weiter für eine nachhaltige Integrationspolitik zu streiten und für die Unterstützung unsere Positionen zu werben.

Aus: Publikation „Forum Migration Mai 2007“ ■

karawane-tour vom 19. mai bis 4. juni 2007

Neun Jahre nach der ersten Karawane für die Rechte der Flüchtlinge rufen wir nun zum dritten Mal auf, zusammen und in Solidarität gegen das deutsche System der Ausgrenzung, Unterdrückung und Abschiebung aufzustehen. Die Karawane-Tour 2007 findet unmittelbar vor dem G8-Gipfel in Heiligendamm statt.

Der Wohlstand der reichen Länder des Nordens (besonders der der „Gierigen 8“) entspringt aus der rücksichtslosen und unmenschlichen 500-jährigen Ausbeutung und Kolonialisierung unserer Länder. Das ist der Grund, aus dem sie ihre Grenzen mit elektrischen Zäunen sichern müssen, um die unwillkommen und ungewollten MigrantInnen auszusperren, die aus den Ländern, die sie so schamlos plündern, hierher kommen. Als die meisten von uns unsere zerstörten Heimatländer verlassen haben, taten wir dies nicht als freie Menschen.

Wir waren gezwungen zu fliehen. Gezwungen durch die unmenschlichen Lebensbedingungen, denen wir dort unterworfen wurden. Europa und die USA versuchen mit militärischen Mitteln, die Überwindung seiner Grenzen durch Flüchtlinge zu verhindern. Gleichzeitig überqueren die Regierungen europäischer Staaten und die USA die Grenzen des Südens, um ihren Zugriff auf unsere Heimatländer zu sichern. Die Folge dieses Expansionismus ist nicht weniger als die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen. Die Länder des Westens exportieren Waffen und Munition und stützen die Diktatoren in unseren Heimatländern. Hier, in Europa, verfolgen sie diejenigen, die gegen diese Diktaturen kämpfen – um sie am Ende dorthin abzuschieben.

Die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen lädt alle ein, an der Karawane-Tour 2007 teilzunehmen. Wir werden vom 19. Mai bis zum 4. Juni zwei Wochen durch Deutschland reisen. Die Tour wird in Neuburg bei München beginnen und in Rostock in der nähe des G8-Gipfelortes Heiligendamm enden.

Die Tour wird gemeinsam von Flüchtlings- und MigrantInnenselbstorganisationen mit dem No-Lager-Netzwerk und anderen antirassistischen Gruppen organisiert.

Aus dem Aufruf, thecaravan.org ■

Die Thalheimers. Geschichte einer Familie undogmatischer Marxisten.

Zu den Tabus in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung innerhalb der KPD und auch der SED gehört die Rolle August Thalheimers. Im Buch Theodor Bergmanns wird nicht nur seine Rolle für die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung und die Theorieentwicklung der Linken gewürdigt, sondern der Beitrag der ganzen Thalheimerfamilie, auch der seiner Frau Cläre und seiner Schwester. Thalheimer und seine Schwester Bertha gehörten zu den Mitbegründern des Spartakusbundes. Zu ihrem früheren Freundeskreis gehörten u.a. Friedrich Westmeyer, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Sie gehörten zu jener Gruppe Intellektueller in Deutschland, die nicht nur zu Beginn des 19 Jahrhunderts die Kraft revolutionärer Veränderung erkannten, sondern dabei entgegen dem herkömmlichen Antisemitismus in der Gesellschaft als Juden in der linken Opposition und späteren KPD als von Anfang an als Gleiche unter Gleichen galten.

Der Freund und Kampfgefährte des früheren KPD-Vorsitzenden Heinrich Brandler musste schon frühzeitig als Chefredakteur der „Roten Fahne“ inhaltlich die Lücke füllen, die mit der Ermordung der Kampfgenossen aus dem Spartakusbund Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Leo Jogiches, schon wenige Wochen nach der Gründung der KPD gerissen wurde. In den Zwanziger Jahren führte er die demokratische Linie Luxemburg-Liebknecht innerhalb der KPD fort und wurde nach dem Scheitern der fehlerhaften Offensivtheorie ins „Ehrenexil“ in die Sowjetunion geschickt. Trotz wissenschaftlicher und pädagogischer Wirkungsmöglichkeiten wollte Thalheimer zusammen mit seinem Freund Brandler ins politische Geschehen der Linken zurückkehren und setzte dies auch 1928 durch. Nach der Bolschewisierung der Thälmannschen KPD blieb für theoretischen Diskurs aber nicht mehr viele Platz. Deshalb gründete er zusammen mit Brandler die KPD-O (Opposition) – nicht als Partei, sondern als Plattform zur Demokratisierung der KPD. In einer Zeit einfacher Freud-Feind-Schemata hatte ein solches Ansinnen wenig Aussicht auf Erfolg. Der Nicht-Umgang der Ideologen und Wissenschaftler in der DDR mit diesem Thema zeigt auch nach der Phase des Kalten Krieges bis zum Umbruchsjahr 1989 kaum Veränderungen in dieser Denkweise. So hatte auch Thalheimer nach seiner Emigration nach Kuba am Ende des Krieges kaum eine Chance auf Rückkehr nach Europa und verstarb 1948, weiter wissenschaftlich produktiv, verarmt in Havanna.

Thalheimers Kommentierung der weltpolitischen Konstellationen , aber insbesondere die erste fundierte Faschismusanalyse aus dem Jahr 1928 haben bis heute hohen Aussagewert. In dieser Analyse sieht er die Großbourgeoisie und Großindustrie als die eigentlichen Akteure bei der Aushöhlung der bürgerlichen Demokratie bis hin zum faschistischen Umsturz. Deshalb stellt Thalheimer sich auch gegen die unsinnige These vom angeblichen Sozialfaschismus der SPD. Gleichzeitig warnt Thalheimer davor, staatliche Gewalt in der bürgerlichen Gesellschaft unter Faschismus zu subsumieren. Im Gegenteil sieht er in der Aushöhlung der Demokratie die Gefahr, das Deklassierte aller Schichten – vom Arbeitslosen über den Mittelstand bis zum Intellektuellen – zur Massenbasis einer faschistischen Bewegung werden könnten. Wie recht er doch hatte und noch heute hat.

Theodor Bergman ■

VSA-Verlag, Hamburg 2004, 255 Seiten, 20,40 Euro

Ein Lied für Argyris

Die Edition Salzgeber startet am 17. Mai 2007 bundesweit in den deutschen Kinos EIN LIED FÜR ARGYRIS, den neuen Dokumentarfilm von Stefan Haupt.

Der Film erzählt die bewegende Lebensgeschichte von Argyris Sfountouris, der als Kind ein Massaker der SS in dem kleinen griechischen Dorf Distomo überlebt hat und sich bis heute dafür einsetzt, dass die damaligen Opfer entschädigt werden. Die ganze Unfassbarkeit des Krieges - wie lebt man mit einer solchen Geschichte?

Informationen zum Film auf www.delicatessen.org/argyris, www.fontanafilm.ch (auch auf Englisch und Griechisch)

Buch-Veröffentlichung: Diffusionen.

Am 25. April 2007 ist das erste vom Forum für Kritische Rechtsextremismusforschung herausgegebene Buch als Auftaktband der „Reihe Wehnerwerk“ erschienen: Diffusionen. Der Kleine Grenzverkehr zwischen Neuer Rechter, Mitte und Extremen. Neue Beiträge zur „Neuen Rechten“ und „Freien Radikalen“ im Spektrum zwischen „Mitte“ und „Rechts/Extremen“.

Der Band versammelt erstmals Beiträge zweier Vortragsreihen des Forums für Kritische Rechtsextremismusforschung (FKR) in Zusammenarbeit mit dem Herbert-Wehner-Bildungswerk. Die einzelnen Texte behandeln aus verschiedenen Blickwinkeln „Diffusions- und Austauschprozesse“ und hinterfragen Grenzziehungen zwischen politischer „Mitte“ und „Extremen“. Thesen und Hintergrundinformationen zu Strukturen, Akteuren und Diskursen der „Neuen Rechten“ und Analysen zu „rechten“ Elementen in derzeitigen Mainstream-Debatten laden zur kritischen Auseinandersetzung mit „deutscher“ gesellschaftlicher Aktualität ein.

Nicht erst seit dem Einzug der NPD in den sächsischen Landtag 2004 wird über die Erosion der Grenzen zwischen „rechtsextremen“ und „demokratischen“ politischen Positionen debattiert. Je nach Perspektive werden dabei Ideen der „Linken“ oder der „Mitte“ für rechte Zwecke instrumentalisiert (z.B. Globalisierungskritik und Sozialpolitik), lassen sich konservative und liberale PolitikerInnen „vor den Karren einer intellektuellen Neuen Rechten“ spannen oder wandern rechte Ideen in die „Mitte“ (z.B. in einigen Aspekten der Demographiedebatte) oder umgekehrt (vgl. Debatte um eine sog. „Leitkultur“).

Der Band enthält Beiträge von: Elena Buck, Stefan Kausch, Mathias Rodatz, Christoph Butterwegge, Rainer Benthin, Alexandra Kurth, Mark Terkessidis, Christoph Meyer, Gudrun Hentges, Daniel Schmidt, Wolfgang Luutz und Helmut Kellershohn

Bezugsmöglichkeiten: Preis: 8,50 EUR, ISBN: 978-3-939971-01-6. Bestellung über unsere Webseite (www.engagiertewissenschaft.de): über unser Kontaktformular oder eine Email an forum@engagiertewissenschaft.de (Versendung per Post zzgl. 1,50 EUR Versandkosten) [Forum für Kritische Rechtsextremismusforschung] | Eine AG des Vereins [Engagierte Wissenschaft e.V.]

Zeitung „Kein Bock auf Nazis“ wieder verfügbar

Das überaus erfolgreiche Projekt „Kein Bock auf Nazis“ geht in eine neue Runde. So-

eben ist eine Nachauflage der achtseitigen, vollfarbigen SchülerInnen-Zeitung

Die Zeitung ist jugendgerecht geschrieben und layoutet und versucht mit vielfältigen Artikeln zum Engagement gegen Rechtsextremismus zu ermutigen und das dafür nötige Hintergrundwissen zur Verfügung zu stellen. Insbesondere eignet sie sich zum Verteilen und Auslegen bei „Rock gegen Rechts"-Konzerten, Schulprojekttagen, in der politischen Bildung, als Ergänzung von Infotischen, in Jugendklubs, bei Antinazi-Demonstrationen, als Beilage zu Schulzeitungen... Mittlerweile liegt die Gesamtauflage bei 250.000 Stück – obwohl das Projekt erst seit einem Dreivierteljahr läuft.

„Kein Bock auf Nazis" erschienen, die ab sofort kostenlos bestellt werden kann.

Jeweils 200 oder 400 Exemplare können gratis geordert werden. Lediglich die Versandkosten fallen an.

Das Bestellen geht ganz einfach: 10 Euro (gerne auch etwas mehr) für den Versand überweisen (Apabiz eV; Konto 332 08 00; BLZ 100 205 00; Bank für Sozialwirtschaft; Verwendungszweck „Spende KBAN") und per E-Mail an kban@apabiz.de die gewünschte Versandadresse (keine Postfächer!) und die gewünschte Anzahl von Zeitungen mailen.

Wer sich die Zeitung vorher ansehen möchte: Unter http://www.apabiz.de/publikation/kban.pdf steht sie zum Download als PDF-Datei bereit. Mehr zum Projekt „Kein Bock auf Nazis" gibt es unter http://www.keinbockaufnazis.de

apabiz e.V, antifaschistisches presse-archiv und bildungszentrum berlin e.V.
www.apabiz.de | www.turnitdown.de | www.whatwecando.de ■

ERA – Europäisches Widerstandsarchiv ist jetzt online

Seit gestern ist das Online-Videoarchiv www.resistance-archive.org online.

ERA ist ein Archiv der Widerstandsaktivitäten gegen Faschismus und Besatzung während des Zweiten Weltkrieges in Europa. Kern des Webportals sind vorerst 20 Videointerviews mit Frauen und Männern, die am antifaschistischen Widerstand in sechs europäischen Ländern teilgenommen haben.

Das Projekt ERA - European Resistance Archive wurde in den vergangenen 9 Monaten von Istoreco Reggio Emilia in Zusammenarbeit mit 8 Partnern aus 6 europäischen Ländern realisiert: die Plattform Grünalternative Jugendorganisationen (Österreich), die gewerkschaftliche Bildungseinrichtung CEMEA (Frankreich), die DGB Jugend Hessen, die Forschungsgesellschaft Flucht und Migration Berlin, die Geschichtsinstitute Karta Warszawa (Polen) und Za Novejso Zgodovino (Slovenien) sowie die Provinz Reggio Emilia und Fondazione Pulse (Italien).

ERA wurde unter anderem mit Mitteln der Europäischen Kommission finanziert.

An der Entwicklung der neuen Internet-Plattform waren Jugendliche aktiv beteiligt. Alle Zeitzeugeninterviews wurden von Jugendlichen der beteiligten Länder realisiert. In ihrer Arbeit wurden sie von Historikern, Erinnerungsarbeitern und einem professionellen Video-Team begleitet und unterstützt.

ERA - European Resistance Archive
www.resistance-archive.org ■

Buch-Tipp: Menschen in aufenthaltsrechtlicher Illegalität

„Können einem Staat unabhängig von seinem Recht, über Aus- und Einreise zu bestimmen, Pflichten zugewiesen werden, wenn es um die Verwirklichung von Menschenrechten geht?" Der Theologe Andreas Fisch stellt diese Frage in seiner kürzlich erschienenen Dissertation mit Blick auf die Situation von Menschen in der aufenthaltsrechtlichen Illegalität. Sein Überblick und Vergleich bisheriger Untersuchungen über die Lebenssituation von ‚Statuslosen' in Deutschland (Teil A des Werks) verdeutlicht einerseits die Beweggründe für das Leben in der Illegalität. Zum anderen zeigen sich spezifische Problemfelder: Zugang zu Wohnraum, legaler Beschäftigung, Rechtsbeistand, Gesundheitsversorgung, Zugang zur eigenen Familie und spezifische Probleme ‚statusloser' Minderjähriger wie der Zugang zu Bildung. Wenn auch die Mehrzahl der ‚Statuslosen' viele akute Situationen zu meistern weiß, benennt Fisch diese Bereiche als Herausforderungen, die den Staat und die Gesellschaft in die Pflicht nehmen. Um die ethische Verpflichtung gegenüber ‚Statuslosen' zu untermauern, befragt der katholische Theologe die Bibel und Quellen der kirchlichen Soziallehre sowie zwei säkulare Gerechtigkeitstheorien. Teil C liefert unter dem Titel „Von der Einsicht zur Tat" Reformvorschläge als Alternative. Dabei kommt Fisch zu interessanten Schlüssen: Die praktizierten Maßnahmen zur Grenzsicherung und Arbeitsmarktkontrolle sind teuer und verfehlen größtenteils ihr Ziel, illegalen Aufenthalt und Beschäftigung zu verhindern. Fisch schlägt dagegen eine Verbesserung des Asylgesetzes und -verfahrens, bereichsweise Legalisierungen und die Abschaffung der Übermittlungspflichten vor. Er zeigt auf, inwiefern dies nicht nur aus ethischer Perspektive geboten ist, sondern auch – systemimmanent argumentiert – unter Arbeitsmarkt- und Kostengesichtspunkten der derzeitigen Rechtslage vorzuziehen wäre.

Andreas Fisch: Menschen in aufenthaltsrechtlicher Illegalität. Reformvorschläge und Folgenabwägungen aus sozialethischer Perspektive, mit einem Vorwort von Georg Kardinal Sterzinsky, LIT Verlag (ISBN 978-3-8258-0122-9), 29,90 EUR.

Quelle: Jesuiten-Flüchtlingsdienst (JRS) - germany@jrs.net ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

„Objektiv“ Teil 3 – „Pro Köln“ kann es nicht lassen …

Am 2. Mai hatte das Warten für die nach „non-konformen“ Informationen lechzenden Kölner Jugendlichen endlich ein Ende. Denn an diesem Tag erschien endlich die bereits dritte Ausgabe der selbst ernannten „größten Kölner Jugend- und Schülerzeitung“. In ähnlicher Rhetorik schmückt sich zumindest derzeit die rechte „Bürgerbewegung Pro Köln“.

Dass die Realität ganz anders aussieht, muss hier wohl nicht extra erwähnt werden.

In gewohnter Manier tun die AutorInnen in dem Blatt das, was sie am besten können, bzw. das Einzige was sie können, nämlich Hetze gegen Migrantinnen und Migranten betreiben.

Im Vergleich zu den letzten Ausgaben ist die Anzahl der politischen Artikel gewachsen, lediglich eine Filmrezension bleibt noch übrig, der Rest ist nichts anderes als Werbung für „Pro Köln“. Es wird erst gar nicht versucht, das zu verbergen.

So findet sich etwa ein Artikel zu der im März stattgefundenen Demonstration gegen „Pro Köln“. Wem dieser Artikel bekannt vorkommt, der muss sich nicht wundern, denn er stammt quasi wörtlich von der Homepage der Gruppierung.

Ebenso der Leitartikel über „Ausländerkriminalität“, eines der Lieblingsthemen von Schöppe und Konsorten. Wieder einmal wird das Ende von „Multi-Kult“ heraufgeschworen und hierbei mit rassistischen Argumentationsmustern nicht gegeizt.

Hierzu erklärt die Kampagne „Kein Bock auf Pro Köln“ in einer Pressemitteilung: „Diese Art von Rassismus, der sich scheinbar den Problemen migrantischer Mitbürger annimmt, ist einfach nur ekelhaft. Im Gewande der Sachlichkeit wird das rassistische Bild eines „schmarotzenden, kriminellen und keiner bürgerlichen Verhaltensweisen fähigen ‚Ausländers‘ produziert.“

Übertroffen wird dieser Artikel noch von „Die letzten Deutschen“, einer sog. politisch unkorrekten Glosse. Sie entwirft ein Bild der zukünftigen BRD. Dort sollen die „Deutschen“ als „Minderheit im eigenen Land“ unter schlechten Lebensbedingungen ihr Dasein fristen in einem Land, in welchem Türkisch die wichtigste Sprache und der Islam die vorherrschende Religion sei, während die „Türken“ alle politisch und ökonomisch wichtigen Positionen besetzten. Der Artikel schürt bewusst Ängste vor der sog. Überfremdung, zumal er laut Artikel „irgendwann einmal Wahrheit wird“.

Doch damit nicht genug: Die Hetzer schrecken nicht mal vor Geschichtsrevisionismus zurück!

So findet sich in der Zeitung die Rezension des Buches „1939 – Der Krieg, der viele Väter hatte“. Das Buch wird den Schülern empfohlen und als Werk eines „non-konformen Historikers“ präsentiert. Es wird versucht, Deutschlands Schuld am Zweiten Weltkrieg zu relativieren. Da wird Polen als „Schurkenstaat“ bezeichnet, der Versailler Vertrag wird für den Aufstieg der Nationalsozialisten verantwortlich gemacht und es ist die Rede von größten Zugeständnissen, die Hitler der polnischen Regierung gemacht habe. Dazu die Kampagne:

„Die aufgeführten Thesen in dem Artikel und in dem Werk selber halten keiner geschichtswissenschaftlichen Untersuchung auch nur annähernd stand, diese Aussagen sind nichts weiter als extrem rechter Geschichtsrevisionismus.“

Auch ein Artikel über das derzeitige Lieblingsthema von „Pro Köln“, den Moscheebau, darf nicht fehlen. Das Ziel wird im Artikel bereits klar vorgegeben. Sollte es zum Bürgerentscheid kommen, wären auch alle Jugendlichen ab 16, sofern sie EU-Bürger sind, stimmberechtigt. So verwundert es nicht, dass Pro Köln seine Zeitungen an Schulen verteilt und gleichzeitig groß zur Bürgeranhörung mobilisiert. Es geht offensichtlich darum, jede/n für sich zu gewinnen.

Es bleibt zu hoffen, dass ihnen das nicht gelingt. Weitere Verteilaktionen, unter anderem an den Kölner Hochschulen, stehen laut der „Pro Köln“-Webseite noch bevor.

Es gilt also, der Verbreitung dieser rassistischen und geschichtsrevisionistischen Propaganda entgegenzutreten und den Machern dieses Blattes ebenso wie denen, die dahinter stehen, klar zu machen, was man von ihnen hält.

Benjamin Wernigk ■

Rechte Gedenkfeier – Proteste aus Rosenheim

SCHLIERSEE/ROSENHEIM. Jedes Jahr im Mai findet in Schliersee eine extrem rechte Veranstaltung statt: Die Annaberg Gedenkfeier. Das Freikorps Oberland und seine Sympatisanten gedenken unter schwarz-weiß-roter Fahnen und „Deuschland, Deutschland über alles“ Gesängen ihrer gefallenen Kameraden. Neben neonazistischen Skinheads und Vertriebenenverbänden nahmen in den vergangenen Jahren auch vom Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestufte Gruppen wie die Burschenschaft Danubia, die Junge Landsmannschaft Ostdeutschland, JN und NPD an dem Gedenken, welches zu Zeiten der NS-Diktatur ein faschistischer Großaufmarsch war, teil. In diesem Jahr ruft jedoch ein Bündnis aus 15 Gruppen, Parteien und Gewerkschaften zu einer antifaschistischen Gegendemonstration auf. In diesem „Bündnis gegen rechtsextreme Umtriebe im Oberland“ sind auch mehrere Rosenheimer Gruppen, wie zum Beispiel die DGB-Jugend, die Grüne Jugend, die GEW und die Infogruppe, aktiv. Aus Rosenheim wird auch eine Demofahrt zu der antifaschistischen Demonstration angeboten. Treffpunkt für Interessierte ist am Sonntag um 7:10 Uhr am Bahnhof Rosenheim. Die Fahrtkosten betragen 4,- Euro. Bereits am Mittwoch (16.5) findet in der Rosenheimer Vetternwirtschaft (Oberaustr. 2) ein Infoabend zu dieser Thematik statt. Beginn ist um 20:00 Uhr. Der Eintritt ist frei. Weitere Informationen gibt es im Internet unter: www.freikorps-oberland.de

Infogruppe Rosenheim
www.infogrupperosenheim.tk
infogruppe-rosenheim@web.de ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich … Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

- O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro
- O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
- O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro
- O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
- O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro
- O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Erscheinungsweise: 14-täglich

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507